Monatsspiegel

Februar 2019

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Nur mit uns: Ein soziales Europa

Von Matthias Dornhuber
Europakandidat

Vom 23. Bis zum 26. Mai werden rund 400 Millionen Menschen in den voraussichtlich dann 27 Mitgliedsländern das neunte Europaparlament wählen. Es ist eine Wahl in unruhigen Zeiten: Mit Großbritannien wird dann zum allerersten Mal überhaupt ein Staat de Europäische Union wieder verlassen haben. Nach der Ablehnung des Ausstiegsvertrags durch das britische Unterhaus droht sogar ein ungeregelter Brexit mit unkalkulierbaren Folgen nicht für die Wirtschaft auf beiden Seiten.

Das Bekenntnis zur Europäischen Einigung ist heftiger umstritten als je zuvor bei einer Europawahl. Europaskeptiker, Neurechte, Rechtspopulisten und Nationalisten schüren auf die gleiche Weise, wie sie es vor dem Ausstiegsreferendum in Großbritannien getan haben, mit erfundenen Fakten und gezielter Falschinformation eine antieuropäische Stimmung. Sie versprechen unmögliche Alternativen und betreiben ihr Geschäft auf dem Rücken von Menschenwürde und freiheitlicher Grundordnung.

Bei diesen Wahlen wird es, wie es unser europäischer Spitzenkandidat Frans Timmermans um das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bei seiner Nominierung in Lissabon gesagt hat, um die „Seele Europas“ gehen.

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte

Es gibt gute Gründe, auf die Europäische Union stolz zu sein. Die Europäische Integration hat dem größten Teil unseres über Jahrhunderte von Kriegen geprägten Kontinents nun über 70 Jahre Frieden beschert. Die junge Generation kennt keine Grenzanlagen zwischen den Mitgliedsstaaten. Wir genießen das bequeme Reisen ohne Passkontrollen, ohne Geldwechsel, ohne zusätzliche Telefongebühren.

Die Europäische Union repräsentiert unsere europäischen Werte und unser Bekenntnis zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich in der Welt auf eine Weise, wie es die Einzelstaaten nicht könnten. Sie zeigt, wie politische Konflikte grundsätzlich friedlich und demokratisch gelöst werden können und ist schon längst Vorbild für andere Weltregionen.

Verbessern, was verbessert werden muss

Aber es stimmt auch: Im Mittelpunkt der Europapolitik stand die wirtschaftliche Integration. Ja, Europa muss wettbewerbsfähig und wirtschaftlich stark sein. Zu einem guten Leben gehört ein guter Arbeitsplatz. Aber die Menschen sind nicht nur für die Märkte da, und die Politik nicht nur für die Wirtschaft. Das muss auch für die europäische Ebene gelten: Die Europäische Union braucht eine soziale Säule.

Die wirtschaftliche Integration mit Binnenmarkt und gemeinsamer Währung hat große Wohlstandsgewinne gebracht. Doch von denen kommt zu wenig bei der arbeitenden Mitte und bei den Schwächsten unserer Gesellschaft an.

Um die Freiheiten Europas und die Chancen, die Globalisierung und Digitalisierung auch mit sich bringen, nutzen zu können, muss man sich gerade im Angesicht des immer stärkeren Wettbewerbs- und Veränderungsdrucks sicher

Fortsetzung auf Seite 3

04.02.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
05.02.	19:00	Programm-AG Familie und Jugend	Rathaus, Fraktionsbüro	S. 7
06.02.	16:00	Mitgliederversammlung 60plus	August-Bebel-Haus	S. 20
06.02.	17:00	Programm-AG Wirtschaft	August-Bebel-Haus	S. 7
11.02.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
12.02.	19:00	Distriktsversammlung Ost	Pizzeria Romana	S. 18
12.02.	19:00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 18
12.02.	19:30	Distriktsversammlung Frauenaurach	Gemeindezentrum	S. 16
12.02.	20:00	Distriktsversammlung Innenstadt	Kulisse	S. 17
13.02.	20:00	Arbeitskreis gegen Rechts	August-Bebel-Haus	S. 4
13.02.	20:00	Jahreshauptversammlung West	Zur Einkehr	S. 20
14.02.	18:00	Führung „I'm afraid I must ask you to leave“	Kunstpalais	S. 9
17.02.	11:00	Ehrungsveranstaltung	Turnerbund	S. 3
18.02.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
19.02.	17:00	Programm-AG Integration	Rathaus, Fraktionsbüro	S. 7
19.02.	19:00	Programm-AG Bildung	Rathaus, Fraktionsbüro	S. 7
20.02.	15:00	Filmnachmittag 60plus	IG-Metall-Saal	S. 8
20.02.	19:00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenhaus	S. 16
20.02.	19:00	Programm-AG Stadtentwicklung	August-Bebel-Haus	S. 7
21.02.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
25.02.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
26.02.	20:00	Programm-AG Umwelt, Energie und Verkehr	Kulisse	S. 7
27.02.	18:00	Programm-AG Sport	August-Bebel-Haus	S. 7
27.02.	20:00	Distriktsversammlung Süd	Bürgertreff Berliner Platz	S. 18

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Matthias Dornhuber, Monika Fath-Kelling (mfk), Ursula Lanig, Heide Mattischeck, Andreas Richter (ar), Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

fühlen. Sich abgesichert fühlen gegenüber den großen Lebensrisiken, auch den sozialen.

Viele Menschen nehmen die Europäische Union als einen Treiber von neoliberaler Deregulierung wahr, als ferne Bürokratie ohne Zugang zu den Bedürfnissen der Menschen. Dieses Bild ist schon heute nicht richtig, aber es ist allgegenwärtig.

Unser Spitzenkandidat Frans Timmermans hat es in Lissabon auf den Punkt gebracht: Zu viele Europäer fühlen sich abgehängt. Wenn wir bei den sozialen Fragen auf europäischer Ebene nicht deutlich nachlegen, dann werden sich die Leute von Europa abwenden. Das darf uns nicht passieren.

Nur mit uns!

Für uns ist klar: Es gibt keine Wirtschaftspolitik ohne soziale Folgen und ohne Folgen für unsere Umwelt. Deshalb gehören Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik immer untrennbar zusammen, und zwar auf jeder politischen Ebene. Das unterscheidet uns von allen anderen Parteienfamilien, auch von den Grünen mit ihrer Konzentration auf Umwelt- und Klimapolitik und ihrer stetigen Bewegung hinüber ins konservativ-bürgerliche Lager.

In den kommenden Monaten müssen wir diese Botschaft auf die Straße bringen. Die Nationalisten wollen das europäische Projekt zerstören, die Konservativen nur den Status quo verwalten. Die Liberalen wollen Veränderungen, aber ihnen reicht es, wenn deren Früchte nur den oberen 10 Prozent zugutekommen.

Nur wir wollen, dass alle teilhaben an dem Mehr an Chancen, Lebensqualität, Sicherheit und Wohlstand, das die europäische Einigung mit sich bringt. Und nur wir wollen die EU so weiterentwickeln, damit das möglich wird.

Unsere Vorschläge sind klar: Wir wollen Steuergerechtigkeit und dass internationale Konzerne und die globalen Finanzmärkten stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden. Deshalb wollen wir eine Digitalsteuer und eine Finanztransaktionssteuer, für die die Europäische Kommission europaweit ein Aufkommen in mittlerer zweistelliger Milliardenhöhe erwartet. Wir wollen gezielt und konsequent gegen Steuerbetrug vorgehen, der jährlich 825 Milliarden Euro Einnahmeausfall verursacht. Schon mit einem Bruchteil dieses Geldes könnten wir in der sozialen Absicherung, aber auch in Bildung, Weiterbildung, Forschung, Innovation und internationaler Verständigung ganz neue Standards setzen.

Wir wollen den Einstieg in einen gemeinsamen Fonds zur Stabilisierung der Arbeitslosenversicherung, und wir wollen, dass Steuersätze, Sozialversicherungsbeiträge, Mindestlöhne und Grundsicherung in Zukunft in einem europäischen System abgestimmt werden, damit es nicht länger zu einer Abwärtsspirale durch den Wettbewerb der Mitgliedsstaaten kommt.

Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften die Rahmenbedingungen schaffen, dass internationale Konzerne in Europa wirksam bestreikt werden können, um gute Löhne und ordentliche Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Wir wollen unsere Standards und

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
im November mussten wir die Ehrungsveranstaltung für langjährige Mitglieder leider kurzfristig absagen. Nun laden wir Euch erneut herzlich ein zur

Ehrungsveranstaltung

mit Verleihung der August-Bebel-Uhr
an Gerd Peters
am Sonntag, 17. Februar 2019, 11:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Wir freuen uns auf einen interessanten Vormittag mit Euch, an dem Parteigeschichte lebendig wird!

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 21. Februar 2019, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Für ein Europa, das begeistert!
   Impuls von Matthias Dornhuber, Europakandidat der SPD für Mittelfranken, und Diskussion
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Vorstellungen mit einer fairen, aber an Bedingungen geknüpften Handelspolitik exportieren, die flankiert wird von kraftvoller Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und engagierter gemeinsamer Friedenspolitik. So schaffen wir nicht nur Wohlstand, sondern bekämpfen auch Fluchtursachen und Dumpingkonkurrenz.

Und wir wollen, dass nicht alles eine Ware sein kann. Das gilt zum Beispiel für Wasser und für Wohnraum. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht, das die Staaten garantieren müssen, und das am besten in öffentlicher Hand sein muss. Und Wohnungen sind nicht in erster Linie Geldanlagen für Großinvestoren, sondern Lebensraum.

Natürlich haben wir noch viel mehr im Angebot: In der Klima- und Umweltpolitik, bei der Gleichstellungspolitik, in der gemeinsamen Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Bildungspolitik, in der Netzpolitik, bei der EU-Reform, in der Menschenrechtspolitik.

Bis zur Wahl haben wir noch gute drei Monate Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern unsere Vision von Europa zu präsentieren. Gemeinsam können wir das schaffen: Ein sozialdemokratisches Europa ist ein besseres Europa.

Ich freue mich auf den Wahlkampf mit euch!
Euer Matthias

Arbeitskreis gegen Rechts

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Arbeitskreis gegen Rechts trifft sich wieder am

Mittwoch, 13. Februar, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Schwerpunktmäßig werden wir uns mit dem Kommunalwahlprogramm beschäftigen.

Mit solidarischen Grüßen
Munib

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
März 2019
22. Februar 2019

Herzlichen Glückwunsch zum 85. Geburtstag, liebe Ursel!

Von Heide Mattischeck

Es ist ein schöner Zufall, dass ich den Glückwunsch zu Deinem 85. Geburtstag gerade heute am 19. Januar schreibe – dem Tag, als die Frauen in Deutschland vor 100 Jahren zum ersten Mal wählen durften. Welch ein wunderbarer Tag muss das für die vielen mutigen und hartnäckigen Frauen gewesen sein, nach Jahrzehnten des Kampfes für das Frauenwahlrecht endlich am Ziel zu sein. Leider überdauerte dieser Erfolg die erste Demokratie in Deutschland nicht.

Das Ende der Weimarer Republik bedeutete auch das Ende aller emanzipatorischer Erfolge – Gleichberechtigung war in der Nazi-Ideologie nicht vorgesehen. Die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima in Bezug auf die Rolle der Frau reichten allerdings weit über die dunklen 12 Jahre der Nazi-Zeit hinaus. Welch einen schwierigen Kampf gegen Vorurteile haben Elisabeth Selbert und ihre Mitstreiterinnen führen müssen, damit die Gleichberechtigung von Männern und Frauen 1949 im Grundgesetz verankert werden konnte.

Liebe Ursel, Du selbst hast erfahren müssen, wie wenig die Realität mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichberechtigung zu tun hatte. Du wurdest mit 17 Jahren schwanger – das galt 1951 nicht nur im kleinbürgerlichen Esslingen als Schande. Selbst die eigene Familie reagierte ablehnend. Du hast Deinen Rolf geheiratet und mit ihm eine über 60 Jahre währende glückliche Ehe geführt. Deine inzwischen fünfköpfige Familie siedelte 1955 nach Erlangen um, weil Dein Mann dort eine Anstellung bei Siemens fand, die mit häufigen und langen Aufenthalten in aller Welt verbunden war.

Deinem kontaktfreudigen und zupackenden Naturell entsprechend hast Du schon in den ersten Jahren in Deiner

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren herzlich allen Genossinnen und Genossen, die im Februar ihren Geburtstag feiern!

06.02. Elisabeth Frank
70 Jahre

06.02. Marianne Kobiela
71 Jahre

09.02. Gertrud Reich-Schowalter
70 Jahre

11.02. Renate Schmidt
65 Jahre

13.02. Manfred Kirscher
79 Jahre

15.02. Frank-Lothar Krawolitzki
86 Jahre

21.02. Alfred Scherrer
72 Jahre

21.02. Gabriele Greif-Cappell
60 Jahre

24.02. Inge Aichele
80 Jahre

24.02. Elfriede Krauß-Breuers
88 Jahre

24.02. Ursula Rechtenbacher
85 Jahre

26.02. Stefan Barth
82 Jahre

26.02. Magdalena Zoglauer
72 Jahre

28.02. Adolf Most
93 Jahre

Nachbarschaft in der Südstadt Erlangens viele Kontakte geknüpft und Dich in Elternbeiräten engagiert. Einige dieser Kontakte wurden zu Freundschaften, die zum Teil bis heute tragen. Du warst – so würde man es heute nennen – gut vernetzt.

In den 1960er Jahren wurde auch in Eurem Freundeskreis zunehmend politisch diskutiert. Vor allem waren

es auch die beiden heranwachsenden Töchter, die für Diskussionen am häuslichen Küchentisch sorgten. Gegen Ende der 1960er Jahre hast Du Dich dann – gemeinsam mit Friedhelm von Oertzen – entschlossen, nicht nur zu diskutieren, sondern aktiv zu werden. Du hast Dich in der Erlanger Wählerinitiative für Willy Brandt engagiert und später im Wahlkreisbüro des Abgeordneten Dieter Haack gearbeitet. Das war Dein Einstieg in die konkrete politische Arbeit – Du konntest damals gewiss nicht voraussehen, welche Auswirkung das auf dein weiteres Leben haben würde.

Für die Stadtratswahl 1972 haben Waldemar Heinlein und Dietmar Hahlweg Dich für eine Kandidatur gewinnen können – mit dem Versprechen, der zeitliche Aufwand für die Stadtratstätigkeit würde zwei bis drei Stunden pro Woche nicht übersteigen. Nun bewährte sich Deine umfangreiche Vernetzung – von einem ungünstigen Listenplatz wurdest zu auf Anhieb in den Stadtrat gewählt. Die SPD erlangte 1972 eine absolute Mehrheit mit 24 von 44 Sitzen. Davon waren nur drei Frauen – Ursula Rechtenbacher, Anke Riefers und Heide Mattischeck. Hier kann man unschwer erkennen, dass es doch vorangegangen ist mit der Gleichstellung. „Dieses weibliche Dreigestirn hat sich mit viel Geschick und großer Beharrlichkeit in der männlich dominierten Mehrheit in der Fraktion durchgesetzt“ – so hat es Dietmar Hahlweg in seiner Laudatio anlässlich der Verleihung der August-Bebel-Uhr an Dich, liebe Ursel, formuliert. Du hast Dich mit großer Leidenschaft den vielen sozialen Problemen zugewandt. In der Altenpolitik hast Du Maßstäbe gesetzt, die bis heute nachwirken. Das ist vielfach gewürdigt worden. Bei der Gründung des Seniorenbeirates hast Du maßgeblich mitgewirkt und warst lange Zeit deren Vorsitzende, auf deren Wort man hörte. Die Einrichtung von Spiel- und Lernstuben und die flächendeckende Versorgung mit Kindergärten – all das hast Du vorangetrieben. Auch Initiativen aus der Bevölkerung wurden von Dir bereitwillig aufgegriffen: Mütterzentrum, Frauenhaus, Frauenzentrum u.a.m. – Du hattest immer ein offenes Ohr für derartige Ideen und sie nach Kräften unterstützt. Deine Tätigkeit als Fraktionsgeschäftsführerin und die damit verbundenen guten Kontakte zu den MitarbeiterInnen im Rathaus waren dabei hilfreich.

Als der langjährige Bürgermeister Friedrich Sponsel 1980 starb, wurdest Du zu seiner Nachfolgerin gewählt. Aus dieser einflussreichen Position heraus konntest Du den Erfolg Deiner Arbeit noch einmal verstärken. Du warst eine wunderbare Bürgermeisterin. In dieser Funktion hast Du über Dein soziales Engagement hinaus auch an anderer Stelle erfolgreich gewirkt – die damals noch wenigen Städtepartnerschaften lagen Dir ebenfalls am Herzen. Hier besonders die Kontakte mit Eskilstuna und den dort regierenden Sozialdemokraten. Die Kontakte wurden über das Offizielle hinaus auch persönlich von Dir gepflegt. Ich denke gerne an sehr fröhliche Feste mit den Freunden aus Eskilstuna auf eurem schönen Anwesen in Burggrub.

Nicht so fröhlich waren die Treffen bei der 1987 begonnenen Partnerschaft mit Jena. Du hast mit großer Geduld und viel diplomatischem Geschick die sogenannte „Friedensseminare“ vorbereitet und geleitet und so wesentlich dazu beigetragen, schon die ersten zwei Jahre der komplizierten Partnerschaft bis zum Mauerfall 1989 möglichst intensiv zu nutzen.

Liebe Ursel, Du kannst auf ein erfolgreiches politisches Wirken zurückschauen. Du bist dafür vielfach geehrt und ausgezeichnet worden. Die Erlanger SPD hat Dir für Deine Verdienste 2008 die August-Bebel-Uhr verliehen.

Ich gratuliere Dir im Namen der Erlanger SPD, vor allem aber ganz persönlich zu Deinem Geburtstag. Ich wünsche Dir alles Gute, vor allem Gesundheit für die kommenden Jahre.

Lass Dich am 24. Februar von Deiner Familie und alten Freunden und Freundinnen fröhlich feiern.

Deine Heide Mattischeck

Ein Tag mit SoFIA

Bericht von einer Veranstaltung der AsF Bayern

(mfk) Was auf den ersten Blick als beliebter, etwas altmodischer Name, als der Weisheit letzter Schluss oder so ähnlich rüberkommt, hat mich Mitte Januar dann doch ausgesprochen positiv überrascht. Nach längerem Zögern hatte ich mich kurz entschlossen zur Konferenz SoFIA nachgemeldet. Die Konferenz des AsF-Landesverbands Bayern findet jährlich, meist in Nürnberg, statt. Ein Sonntag, von 10:30 Uhr bis 17 Uhr, war dieses Jahr dem Thema „Sozialdemokratische Frauen in die Rathäuser“ gewidmet und sollte Frauen ermutigen und ermächtigen sich auf kommunalpolitischer Ebene 2020 verstärkt für Ämter zu bewerben. Ein Tag von Frauen für Frauen also, kostenfrei für die Teilnehmenden bis auf die Anreise.

Ich, nun doch in neugierig-freudiger Erwartung der Dinge die da kommen sollten, nahm die S1 und bin nach Durchqueren des Bahnhofsuntergeschosses und ein paar Schritten auf der Königsstraße zur Klarakirche schon im Veranstaltungsort, dem Caritas-Pirckheimer-Haus, angekommen. Bis 11 Uhr sind dann auch die anderen ca. 90 Frauen eingetroffen, viele kannten sich schon, aber so konnte ich eben nach dem Einchecken bei einem Pot Frühstückskaffee vorsichtig warm werden und neue Genossinnen kennenlernen. Punkt 11 Uhr erfolgte der Start in die offizielle Konferenz: Eine kurze herzliche Begrüßung von Micky Wenngatz, der AsF-Landesvorsitzenden und Grußworte auf der Großbildleinwand von Natascha Kohnen aus dem Landtag in München, ein prima Kurzreferat zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht“ von Dorothee – deren Nachname mir partout nicht mehr einfallen mag – und eine Einweisung in die Struktur der Konferenz durch Katja Reitmeier, der Hauptorganisatorin des Tages.

Es ist 11:30 Uhr, die Arbeitsphase startet. Jede von uns durfte an zwei je zweistündigen Workshops teilnehmen, die sie sich aus sechs Schwerpunkten auswählen konnte. Mittlerweile hatte ich, als einzige weitere Genossin aus Erlangen, Martina Haase getroffen und wir haben uns so „verteilt“, dass unser Kreisverband in vier Workshops „vertreten“ war. Meine Themen waren „Sichtbar und effektiv bei der Politik vor Ort“ mit Melanie Winter und „Argumentieren gegen Rechts“. Beide Workshops waren eine lohnende Erfahrung. Ganz besonders hat mich Andrea Schieles Argumentieren gegen Rechts gefangen genommen. Wobei es eben nicht nur auf die Workshopleiterinnen ankam. Natürlich auch! Meine beiden – und gleiches berichtete mir Martina und andere Frauen aus den anderen Bereichen – waren top vorbereitet und fanden eine sehr gute Balance zwischen dem Lehren und Lernenlassen. Das macht es mir jetzt schwer zu beschreiben, was so besonders gewesen ist an diesen Workshops. Die gut aufbereiteten skills? Das Lernumfeld mit den vielfältigen tollen Frauen als Lernenden, die aber auch immer wieder zu „Lehrenden“ wurden? Kurz: Ein Austausch mit Fachfrauen auf der berühmten Augenhöhe mit Gewinn für alle. Als jemand gesucht wurde, der im Abschlussplenum über Andreas Themenbereich berichten mag, habe ich mich zu Wort gemeldet und wohl mit meiner Bemerkung ins Schwarze getroffen: „Im Umgang mit den Themen Rassismus, Diskriminierung und gegen Rechts ist es eben nicht genug selbstbewusst zu sein, Mut und eine große

Dreimal Film im Frühjahr

Der Seniorenkreis der IG Metall und die AG 60plus laden ein zur Reihe „Drei Mal Film im Frühjahr“ jeweils um 15 Uhr im IG-Metall-Saal, Friedrichstr. 7, Erlangen. Der Eintritt ist frei.

Diese Filme gibt’s zu sehen:

- 20. Februar „ Ziemlich beste Freunde“ (2011). Regie Olivier Nakache und Éric Toledano
  Philippe ist zwar reich und intelligent, aber er benötigt im Alltag Hilfe, da er vom Hals abwärts gelähmt ist. Als er einen neuen Pfleger engagiert, entscheidet er sich zum Entsetzen seiner Freunde und Vertrauten für den jungen schwarzen Driss, der gerade aus dem Gefängnis entlassen wurde. Der direkte und fröhliche Charakter von Driss beeindruckt Philippe, der besonders unter dem Mitleid seiner Umgebung leidet. Zwischen den beiden entwickelt sich eine ungewöhnliche Männerfreundschaft.
- 20. März „Willkommen bei den Sch’tis“ (2008). Regie Dany Boon
  Der Postbeamte Philippe Abrams wird in die nördliche Provinz strafversetzt, dort wo es eiskalt ist und die Bewohner sehr rustikal sein sollen. Dabei hatte er seiner Frau versprochen, in südliches Gefilde zu ziehen. Bei der Ankunft im strömenden Regen fährt er fast seinen künftigen Kollegen Antoine um, der ihn mit Zischlauten begrüßt. Dass das der dort übliche Dialekt ist, wird Philippe bald klar. Er freundet sich sogar langsam mit Antoine, Land und Leuten an. Doch da will ihn seine Frau in dem von ihm so trostlos geschilderten Ort besuchen. Französische Erfolgskomödie über hartnäckige Vorurteile, einen seltsamen Dialekt und ein resolut-dickköpfiges Völkchen im stürmischen Norden.
- 17. April „Das Beste kommt zum Schluss“ (2007). Regie Rob Reiner
  Zwischen dem Großunternehmer und Milliardär Edward Cole und dem Mechaniker Carter Chambers liegen Welten. Am Scheideweg ihres Lebens teilen sie sich jedoch zufällig dasselbe Zimmer im Krankenhaus und entdecken dabei, dass sie zwei Dinge gemeinsam haben: Sie wünschen sich beide, ihre restliche Zeit so zu verbringen, wie sie es schon immer wollten, bevor sie „den Löffel abgeben”, und beide wollen endlich herausfinden, wer sie eigentlich wirklich sind, um Frieden mit sich selbst schließen zu können. Gemeinsam machen sie sich auf den Weg, ihre Lebensfreude wieder zu entdecken. Dabei entwickelt sich nicht nur eine Freundschaft, sondern sie lernen auch, das Leben in vollen Zügen zu genießen – mit Einsicht und Humor. Und jedes neue Abenteuer bedeutet einen weiteren Haken auf ihrer To-do-Liste. Denn das Beste kommt ja bekanntlich zum Schluss!

Klappe zu haben. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass ich so kompetent, unterhaltsam und eingängig auf die zugrunde liegenden Muster und die daraus gewirkten Fallstricke und Finten aufmerksam gemacht wurde."

Auf Martinas Mobicard sind wir dann um 17:11 mit der S1, ja: glücklich und mit dem Gefühl gestärkt worden zu sein, zurück nach Erlangen geschaukelt. Diese Konferenz ist allen Genossinnen nur zu empfehlen.

Programmdiskussion zur Kommunalwahl 2020

Zum Erarbeiten des Kommunalpolitischen Programms 2020 hat der Kreisvorstand gemeinsam mit der Fraktion Arbeitsgruppen eingerichtet, die die verschiedenen Kapitel des Programms (in der Gliederung unseres Programms von 2014) diskutieren und Vorschläge für die Neufassung erarbeiten.

Im Februar tagen (Stand Redaktionsschluss) folgende Arbeitsgruppen (in Klammern angegeben ist immer einE AnsprechpartnerIn, an den/die ihr euch wenden könnt, wenn ihr euch für das Thema interessiert, aber am Termin nicht teilnehmen könnt):

- Arbeitsgruppe Familie und Jugend (Birgit Hartwig): 5. Februar, 19 Uhr, SPD-Fraktionsbüro, Rathaus, 1. OG, Zimmer 105
- Arbeitsgruppe Wirtschaft (Dirk Goldenstein): 6. Februar, 17 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer im Untergeschoss
- Arbeitsgruppe Integration (José Ortega): 19. Februar, 17 Uhr, SPD-Fraktionsbüro, Rathaus, 1. OG, Zimmer 105
- Arbeitsgruppe Bildung (Sandra Radue): 19. Februar, 19 Uhr, SPD-Fraktionsbüro, Rathaus, 1. OG, Zimmer 105
- Arbeitsgruppe Stadtentwicklung (Philipp Dees): 20. Februar, 19 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer im Untergeschoss
- Arbeitgruppe Umwelt/Energie und Verkehr (Andreas Richter): 26. Februar, 20 Uhr, Kulisse, Theaterstr. 8, Nebenzimmer – hier wurden bereits im Rahmen des Arbeitskreises Umwelt und Energie Vorarbeiten erbracht.
- Arbeitsgruppe Sport (Norbert Schulz): 27. Februar, 18 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer im Untergeschoss

Folgende Arbeitsgruppen haben bereits Ende Januar das erste Mal getagt; wenn ihr mitarbeiten wollt, nehmt bitte Kontakt zur jeweiligen Ansprechpartnerin/zum jeweiligen Ansprechpartner auf:

- Arbeitsgruppe Kultur (Ursula Lanig)
- Arbeitsgruppe Soziales, Wohnen, Senior*innen und Inklusion (Anette Christian).

Mit dem Thema Gleichstellung hat sich bereits die AsF befasst, ein Diskussionstermin wird noch folgen.

Die von den Arbeitsgruppen erarbeiteten Vorlagen werden im weiteren Programmprozess auf Workshops diskutiert und dabei auch miteinander abgeglichen. Daraus entsteht dann der Programmentwurf, der der Kreismitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Volksbegehren „Rettet die Bienen!"

(ar) Wir spüren es: Extreme Wetterlagen – auch hier in Bayern – nehmen zu. Die Natur erweckt den Anschein, aus dem Gleichgewicht zu kommen. Mit Blick auf das Artensterben schlagen Wissenschaftler nun Alarm: die Insektenbestände gehen dramatisch zurück, die biologische Vielfalt schwindet.

Im Zeitraum zwischen 1989 und 2016 gab es einen Rückgang von bis zu 80 Prozent an Fluginsekten. Das ist eine katastrophale Entwicklung – auch und besonders für uns Menschen. Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und andere Insekten haben eine elementare Bedeutung für unsere Wild- und Nutzpflanzen, für den Bestand der Vögel in Bayern und natürlich auch für die Lebensmittelproduktion.

Unsere Lebensgrundlagen sind in Gefahr, wenn wir nichts tun. Wir brauchen dringend verpflichtende Maßstäbe für eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Leider erkennt die amtierende bayerische Staatsregierung den Ernst der Lage nicht und sperrt sich mit ihrer Mehrheit im Landtag gegen eine Verbesserung des Artenschutzes.

Daher packt nun ein sehr breites Bündnis in Bayern an, um mit dem „Volksbegehren Artenvielfalt – Rettet die Bienen!" das bayerische Naturschutzgesetz so zu ändern, dass unsere heimischen Arten wie Wildbienen, Schmetterlinge und Vögel auch in Zukunft überleben können. Die BayernSPD ist als Bündnispartner von Anfang an dabei!

Hier in Erlangen tritt unser Oberbürgermeister Florian Janik für unsere Partei als Erstunterzeichner auf.

Die erste Hürde ist bereits genommen: zur Zulassung des Volksbegehrens haben wir gemeinsam fast 100.000 Unterschriften gesammelt. Jetzt müssen sich zwischen dem 31. Januar und dem 13. Februar 2019 zehn Prozent der in Bayern wahlberechtigten Wählerinnen und Wähler in den Rathäusern in die Listen des Volksbegehrens eintragen. Das sind etwa eine Million Menschen!

Jeder Einzelne kann das Volksbegehren Artenvielfalt unterstützen. Als „Rathauslotse", durch Spenden, durchs einfache Weitersagen im Familien- und Bekanntenkreis. Helft bitte alle mit, das Volksbegehren erfolgreich zu machen und eine Million Wahlberechtigte in die Rathäuser zu bewegen!

Weitere Informationen und Materialien gibt es unter www.volksbegehren-artenvielfalt.de oder www.facebook.com/VolksbegehrenArtenvielfalt

Die Öffnungszeiten für das Volksbegehren in Erlangen mit dezentralen Orten und samstags im Palais Stutterheim sind hier zu finden: https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1454/888_read-35700/?fbclid=IwAR11LK9SP_ttgtF5yMPsj0auVzcHbwJcBrWFtqF-jRZwgBSI55jH9-tVsEe4

Im Stadtrat konnten wir in diesem Bereich als SPD-Fraktion mit der Ampelkoalition schon einiges erreichen wie naturnahe Pflege, kommunales Verbot von Glyphosat, Maßnahmen für biologische Vielfalt, Anlage von Blühwiesen, Baumpflanzungen u. a. Ein komplettes Verbot von Pestiziden auf von der Stadt verpachteten landwirtschaftlichen Flächen haben wir beantragt und ein Förderprogramm für Blühstreifen beschlossen.

Lasst uns das nun auch bayernweit erreichen!

Sozialdemokrat, Kulturreferent, „Außenminister“

Dieter Rossmeissl zum 70.

Von Ursula Lanig

Im Dezember wurde unser ehemaliger Kulturreferent Dr. Dieter Rossmeissl 70 – und was lag näher, als ihm am Ort seines jahrelangen Wirkens, im MUWI, einen Empfang auszurichten, der viele ehemalige und aktuelle WeggefährtInnen um ihn versammelte.

„Kultur“ durfte da natürlich nicht fehlen: Lea Schmocker glänzte mit einem sehr persönlich konzipierten und wirkungsvoll in Szene gesetzten literarischen Beitrag von DaDa bis zu philosophischen Betrachtungen über „große Männer“ und die beiden kubanischen Jazzer Alberto Diaz (Klavier) und Denis Rodriguez-Cuni (Posaune) sorgten mit ihren persönlich interpretierten Jazz-Standards für weltläufigen Klang.

In ihrer Begrüßung hob Barbara Pfister den rhetorisch brillanten, groß denkenden und doch – auch wenn es ihm schwer fiel – solidarischen Streiter Dieter Rossmeissl hervor und dankte im Namen der Fraktion für 17 Jahre demokratische Kultur-, integrative Jugend- und emanzipatorische Bildungspolitik.

OB Florian Janik ließ in seiner Würdigung Dieter Rossmeissls seine Niederlagen und Errungenschaften Revue passieren. Dem Ort und Rossmeissls riesigem Einsatz verpflichtet, erinnerte er an erster Stelle an den Kampf um den MUWI, der ein bundesweit strahlendes Wissenschafts- und Kunstmuseum hätte werden können: Trotz beträchtlicher Unterstützung aus der Bürgerschaft, einem weithin als zukunftsträchtig anerkanntem Konzept und daher mit beträchtlicher zugesagter Förderung, machte der damals mehrheitlich konservative Stadtrat allen Bemühungen um einen „Aufbruch in Erlangen“ den Garaus... Was dem Elan Dieter Rossmeissls keinen Abbruch tat: Das nächste Projekt „Frankenhof“, nunmehr als „KuBiC“ (Kultur- und Bildung-Campus) trieb er mit derselben Kompetenz in inhaltlicher Planung, Vernetzung und Öffentlichkeitswirksamkeit engagiert voran – und hier hatte er mit den beteiligten MitstreiterInnen den Erfolg, dass der Stadtrat grünes Licht gab und 2021 ein neues Kapitel für Kultur, Bildung und kulturelle Bildung in Erlangen eröffnet wird.

Zunächst „nur“ Referent für Kultur und Jugend erreichte sein früher Einsatz für (früh)kindliche Betreuung, den Ausbau der Kitas und Horte und den Einsatz der VHS neben ihrer Hauptaufgabe Erwachsenenbildung auch in diesem Bereich, Erlangens Spitzenstellung in Bayern – lange, bevor dies zum allgemeinen Thema wurde.

In den letzten Jahren auch noch als Schulreferent legte er die Basis für die jetzige Schulentwicklung im jeweiligen Stadtraum mit Blick auf die Erfordernisse in den einzelnen Stadtteilen und Sozialräumen (Schule auch als soziokulturelles Zentrum des Stadtteils).

Und außerdem war Dieter Rossmeissl Erlanger „Außenminister“ – er vertrat

sparkasse-erlangen.de/direktgiro

direkt GIRO – das kostenlose² Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches und sicheres Online- und Mobile-Banking via PC, Tablet und Smartphone-App.

Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter Telefon 09131 824-0 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

[1] Gemäß Zahlungskontengesetz sind alle Banken verpflichtet, Ihren Kontowechsel innerhalb von 10 bis 12 Tagen ab Beauftragung für Sie abzuwickeln.
[2] chipTAN-Generator einmalig 17,09 € inkl. Versand; Für die pushTAN Benachrichtigung 0,04 €. Wird nur erhoben, wenn die TAN vom Kunden angefordert, der Zahlungsauftrag vom Kunden mit der bereitgestellten TAN erteilt worden und dieser der Sparkasse zugegangen ist.
Stand: 09/2018

Jetzt auch mit paydirekt

Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen Höchstadt Herzogenaurach

Erlangen u.a. als Vorsitzender des Kulturausschusses im Bayerischen Städtetag und Mitglied des Kulturausschusses und des Bildungsausschusses im Deutschen Städtetag, des Bundesvorstands der Kulturpolitischen Gesellschaft und des Deutschen Bühnenvereins. In die Partnerschaften mit Shenzen und Riverside brachte er sich – auch als Sprecher der „Metropolregion Nürnberg“ – intensiv ein. Der „Blick über den Tellerrand“ war für ihn immer wichtig – schon um Fehler zu vermeiden, die andere bereits gemacht haben.

Als Sprecherin für Kultur danke ich Dieter für den verlässlichen Schulterschluss bei Themen, die in der Stadtgesellschaft Erlangens und darüber hinaus durchaus kontrovers diskutiert wurden: Es gelang mit viel Vernetzungsarbeit und Unterstützung von außen, das Figurentheater-Festival zu erhalten und abzusichern. Neue Bandübungsräume samt Depot konnten geschaffen und der Ausbau von Stadtteilzentren konnte gesichert werden – auch wenn „West“ immer noch aussteht.

Das private Kunstmuseum konnte er noch unter einen städtischen Hut bringen und so die Sammlung des Vereins und die Ausstellungstätigkeit sichern – trotz vorheriger Bedenken seitens des Vereins sind nun alle Interessierten mit dieser Lösung sehr glücklich.

Zu Ende seiner Dienstzeit gelang es noch, in der Thalermühle endlich Ateliers zu bezahlbaren Bedingungen zu etablieren: Seit 2002 mit Einzug in den Stadtrat auf meiner Agenda, hatte ich endlich ein Gebäude dafür gefunden – aber ohne die Unterstützung Dieters und das Entgegenkommen des Investors hätte dies viel länger gedauert – Danke!

Das vergangene Jahr zeigte dem immer bemerkenswert jungen „Alten“ erstmals Grenzen auf: Seine Gesundheit ließ ihn sehr im Stich und notwendige Einschränkungen zu akzeptieren, war eine ungewohnte Übung in Demut für Dieter Rossmeissl. Aber: Seit 2017 im Ruhestand hält ihn sein großes Interesse für Kultur und Bildung beweglich und jung, denn er engagiert sich weiterhin in Politikfeldern, deren inhaltliche Schwerpunkte auf die Suche nach Unabhängigkeit, neuen Entwicklungen und Veränderung zielen. Kompetenz trifft da immer noch auf die (klassisch geschulte) Eloquenz des ehemaligen Gymnasiallehrers, eine Erinnerung an seine ausgefeilten Statements und treffsicheren (Wort)Gefechte im Stadtrat gelang ihm bei der Antwort auf OB Florian Janik.

Während des Studiums der Geschichte, politischen Wissenschaft und Germanistik trat Dieter 1973 in die SPD ein. Er war Mitglied im Juso-Bezirksvorstand und von 1982 bis 2000 Stadtrat in Nürnberg. Von dort kam er als Wunschnachfolger von Wolf Peter Schnetz in das trotz CSU/FDP-Mehrheit sozialdemokratisch besetzte Kulturreferat – ein in der „europäischen Metropolregion Nürnberg“ (EMN) bestens vernetzter Kämpfer für sozialdemokratische Kulturpolitik. Im Fokus stand und steht für ihn die Einsicht, dass Menschen vor allem dann selbstbestimmt ihr Leben gestalten können, wenn sie die Möglichkeit haben, sich und die Gesellschaft, in der sie leben, kritisch zu betrachten. Kulturelle Bildung soll den BürgerInnen die Chance geben, ihre gesellschaftliche Umwelt mitzugestalten. Dazu gehörte z.B. sein Einsatz für Schulsozialarbeit, die Defizite bereits junger SchülerInnen beheben kann, und für Ganztagsschulen, als diese noch sozialistischer Umtriebe verdächtigt wurden...

Dieter bewies den Weitblick, der sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiert und ging seine Aufgaben offen an: Als Kulturreferent und als Sprecher des Forums Kultur in der EMN hatte er bereits im Jahr 2008 mit dem Bericht zu „Kultur- und Kreativwirtschaft“ die Ausrichtung der Stadt Erlangen in der Zukunft erweitert: Kultur, Kreativität und Wirtschaft sind weit über Sponsoring und wirtschaftliche Abhängigkeiten hinaus Grundlage unserer Stadtgesellschaft – und sollen ein offeneres Lebensgefühl der Menschen in ihrer Vielfalt in Erlangen prägen.

Lieber Dieter, wir alle wünschen Dir für das kommende Jahrzehnt viel Glück und Gesundheit, damit Du Deine Interessen weiter pflegen kannst und wir Dich wieder öfter in unserer Mitte begrüßen können! Bleib gesund!

Deine Ursula Lanig

I’m afraid I must ask you to leave

Führung durch die Ausstellung

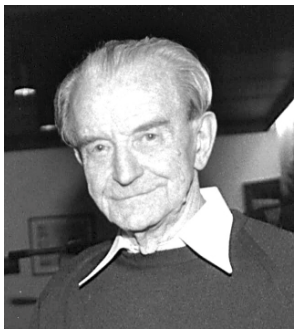
Die SPD-Stadtratsfraktion lädt ein zu einer Führung durch die Ausstellung „I’m afraid I must ask you to leave“ mit Werken von Julius von Bismarck und Julien Charriere am

Donnerstag, 14. Februar, 18 Uhr, Kunstpalais

Uns führt die Leiterin des Kunstpalais, Amely Deiss.

Bitte meldet euch im Fraktionsbüro (spd.fraktion@stadt.erlangen.de) an. Bitte beachtet aus, dass der Eintritt zum Kunstpalais von euch gezahlt werden muss.

Stadt und SPD gedachten Peter Zink



Zum 15. Todestag von Peter Zink (1907 bis 2004), früherer Stadtrat und Landtagsabgeordneter, haben Stadt, SPD, Gewerkschaften und Familie ihm gemeinsam an seinem Grab auf dem Zentralfriedhof gedacht.

Peter Zink engagierte sich schon in den 1920er Jahren in der Sozialistischen Arbeiterjugend und damit in der SPD sowie in den Gewerkschaften. 1928 kam er als Redakteur zum Erlanger Volksblatt. Publizistisch kämpfte er konsequent gegen die Nationalsozialisten, was ihn in den 30er Jahren unter anderem ins Konzentrationslager Dachau brachte. Später wurde er bei den Siemens-Reiniger-Werken angestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er für den Wiederaufbau des demokratischen Lebens. Dem Stadtrat gehörte er von 1946 bis 1963 an, dem Bayerischen Landtag von 1954 bis 1974 (immer direkt gewählt). Die Einführung des Großstadttarifs für die Erlanger Metallbeschäftigten 1952 und der Erhalt des 1956 akut einsturzgefährdeten Markgrafentheaters waren Zinks Engagement zu verdanken. 1972 machte ihn seine Heimatstadt zum Ehrenbürger. 2007, zum 100. Geburtstag, wurde im Röthelheimpark ein Weg nach ihm benannt.

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Haushalt 2019: Rekordeinnahmen, Rekordinvestitionen und Schuldenabbau

Mit der Mehrheit der Ampelkoalition hat der Stadtrat im Januar den Haushalt für 2019 verabschiedet.Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer steigen dabei auf den Rekordwert von 125 Millionen Euro – bisher lagen sie immer im zweistelligen Millionenbereich. Auch dies ermöglicht der Stadt Rekordinvestitionen von knapp 55 Millionen Euro. Große Blöcke fließen dabei in die Kindertagesstätten und den Jugendbereich (10 Mio. Euro), in Schulen (11 Mio.), die Sporthalle an der Hartmannstraße (2 Mio.), das Stadtteilhaus Kriegenbrunn (1 Mio.) und die Stadt-Umland-Bahn (3,6 Millionen Euro). Auch der Umbau des Frankenhofs zum KuBiC läuft weiter, zahlreiche Investitionen fließen auch in Radverkehr und ÖPNV.

Oberbürgermeister Florian Janik betonte in seiner Haushaltsrede, dass die gute konjunkturelle Lage keine Selbstverständlichkeit sei. Die Haushalts- und Personalpolitik müsse so verantwortungsvoll gestaltet sein, dass man auf konjunkturelle Veränderungen reagieren könne. Vor allem gehe es aber darum, die Chancen der guten Situation zu nutzen und die Weichen dafür zu stellen, dass Erlangen auch in 20 Jahren so attraktiv und lebenswert sei wie heute. Janik weiter: „Prosperität ist kein Selbstzweck, sondern ist bedeutend für das, was das Wesen unserer Stadt ausmacht, nämlich Offenheit, Zusammenhalt und Lebensqualität. Nur wenn wir dieses Gleichgewicht wahren, den Charme der kleinen grünen Großstadt mit ihrer Weltoffenheit und Innovationskraft, bleibt Erlangen offen aus Tradition.“

Barbara Pfister stellte ihre Rede unter den Titel „Politik der Nachhaltigkeit“. Sie verwies dabei auf die Formulierungen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, nach der zu lebenswerten Städten insbesondere gute Arbeit, nachhaltige Infrastruktur und Mobilität, Gesundheit und Teilhabe der Menschen gehörten. Auch wenn die Möglichkeiten auf kommunaler Ebene zur Umsetzung dieser Ziele bei weitem nicht ausreichten, müssten sich diese Prioritäten im Haushalt wiederfinden.

Und dies sei, so Pfister, gerade auch durch die Handschrift der SPD der Fall. Sie verwies auf die zahlreichen Investitionen ebenso wie auf zentrale Vorhaben aus dem Budetbereich der Ämter. So soll das Projekt „Fahrradwerkstatt“ der GGfA starten, in dem Langzeitarbeitslose eine Beschäftigung erhalten; auf Antrag der SPD wurden die Mittel dafür um 125.000 Euro aufgestockt. Im Kultur- und Bildungsbereich beantragte die SPD Mittel für das sozial inklusive Kulturfüchse-Projekt, Fördermaßnahmen bei Dyskalkulie, die Qualität an Ganztagsschulen, digitale Medien in der Stadtbibliothek und für den gVe. Das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit wird verfolgt durch Zuschusserhöhungen für Frauenhaus und Frauenzentrum, das Mütter-und Familienzentrum und durch Gelder für Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle. Bei der Förderung von Gesundheit und Sport setzt die SPD-Fraktion ebenfalls deutliche Akzente, so z. B. mit Anträgen zur Gesundheitsregion Plus, dem sehr erfolgreichen integrativen BIG-Projekt oder der Förderung des Jugend- und Leistungssports. Wie in den vergangenen Jahren setzt die SPD zudem auf die Stärkung des Klimaschutzes durch zusätzliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit.

Und auch auf die Arbeitsprogramme der Fachämter, die die Schwerpunkte von deren Arbeit festlegen, hat die SPD Einfluss genommen, z. B. zum Thema naturnahe Grünpflege, für die Förderung von Artenvielfalt und für Blühwiesen für Insekten.

Barbara Pfister verwies in ihrer Rede aber auch auf die nach wie vor knappe Personalausstattung der Stadt: „Erfreulicherweise können in diesem Jahr deutlich mehr Stellen geschaffen werden als im Vorjahr, die u. a. für den Kita-Ausbau und die Begleitung der Bauprojekte unverzichtbar sind. Uns ist jedoch bewusst, dass angesichts einer wachsenden Stadt und vieler großer Projekte diese höhere Summe für den Stellenplan im Grunde nicht ausreicht. Eine zu knappe Personalausstattung führt zur Verzögerung in der Umsetzung wichtiger Projekte und zu längeren Wartezeiten für die Bürger*innen. Auch für die Beschäftigten und ihr Wohlergehen tragen wir Verantwortung. Wenn der Arbeitsdruck zu hoch ist, gefährdet dies auch die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin – und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadtverwaltung.“

Neues Verkehrskonzept rund um das Universitätsklinikum – Entlastung für die Neue Straße

Mit verschiedenen Maßnahmen will die Stadt die Verkehrssituation rund um das Universitätsklinikum verbessern und gleichzeitig die Anwohnerinnen und Anwohner von Neuer Straße, westlicher Hindenburgstraße und indirekt auch der Pfarrstraße vom Durchgangsverkehr entlasten.

Dazu soll auf dem Maximiliansplatz künftig eine „unechte Einbahnstraße“ in West-Ost-Richtung gelten. Richtung Westen dürfen dann nur noch Busse, Fahrräder und natürlich Fahrzeuge fahren, die zu den Notaufnahmen des Universitätsklinikums wollen – nicht nur Rettungswagen, sondern natürlich auch Privatfahrzeuge, mit denen ein Notfall eingeliefert wird. Nach den Berechnungen der Verkehrsplanung, die

bei ähnlichen Vorhaben in der Vergangenheit sehr zuverlässig waren, wird der Verkehr in dem Straßenzug damit um fast zwei Drittel reduziert. Auf der Essensbacher und Spardorfer Straße gibt es dafür eine leichte Mehrbelastung mit Verkehr.

Um die Parksituation direkt an den Kliniken zu verbessern, will die Stadt gemeinsam mit dem Universitätsklinikum prüfen, ob zwei neue Parkhäuser entstehen können: Ein weiteres an der Palmsanlage auf einem bisher von der FAU genutzen Parkplatz und eines im Umfeld des künftigen Chirugischen Zentrums an der Hindenburgstraße (möglicherweise auch erschlossen von der Bismarckstraße aus).

Mit einer „City-Linie“ sollen der Großparkplatz, die Altstadt und die Universitätskliniken miteinander verbunden werden. Auch das soll die Parksituation rund um das Universitätsklinikum erleichtern, gleichzeitig wird aber auch die nördliche Innenstadt gestärkt.

Bei der SPD-Fraktion stoßen diese Vorschläge auf große Zustimmung. „Hier werden endlich Probleme angegangen, die seit Jahrzehnten immer beschrieben, aber nie gelöst wurden“, erläuterte SPD-Verkehrssprecherin Felizitas Traub-Eichhorn in der Sitzung: „Die Belastung der Neuen Straße durch den Durchgangsverkehr kennen wir seit Jahrzehnten. Jetzt liegt endlich ein Vorschlag auf dem Tisch, mit dem die Neue Straße wirksam entlastet wird und trotzdem die Erreichbarkeit der Unikliniken und der nördlichen Innenstadt bleibt. Die Anwohnerinnen und Anwohner können endlich aufatmen.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Philipp Dees hob auch die weiteren Maßnahmen im Umfeld des Universitätsklinkums hervor: „Wir wollen das Klinikum als Maximalversorger in unserer Stadt halten. Dafür muss es auch optimal zu erreichen sein. Mit dem Verkehrskonzept an der Neuen Straße und der neuen City-Linie vom Großparkplatz zu den Kliniken erreichen wir genau dies. Und natürlich muss es für die Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keine längeren Strecken zu Fuß zurücklegen und nicht mit dem ÖPNV anreisen können, möglich sein, in direkter Kliniknähe zu parken. Deshalb unterstützen wir das Klinikum dabei, zusätzliche Parkhäuser zu schaffen.“

Gedenkort für die Opfer der „Euthanasie“ – Kompromiss bei der „Hupfla“

Der Erlanger Stadtrat hat mit großer Mehrheit die Verwaltung beauftragt, die Bemühungen zur Schaffung eines Gedenkortes an die Ermordung von Menschen mit psychischer Erkrankung der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen weiterhin zu fördern. Zugleich begrüßte das Ratsgremium die Chance, weitere Spitzenforschungseinrichtungen in Erlangen anzusiedeln. Mit breiter Mehrheit wurde die Verwaltung beauftragt, die Umsetzung der Bauvorhaben auf dem Universitäts-Nordgelände zu unterstützen.

Dabei hat sich das Universitätsklinikum bereiterklärt, mindestens bis zur Entscheidung, wie ein Gedenkort ausgestaltet werden soll, auf den geplanten vollständigen Abriss des letzten Patientengebäudes der „Hupfla“ zu verzichten; ein Teil des Gebäudes wird allerdings abgerissen, um die geplanten Neubauten für die Forschung zu ermöglichen. Damit könnte aber ein Teil der ehemaligen Patienteneinrichtung als Gedenkort erhalten werden. Wie der Ärztliche Direktor des Universitätsklinikums, Prof. Heinrich Iro, ausführte, wolle man, in dem man keinen Antrag auf Komplettabriss stelle, eine breite Diskussion ermöglichen, wo und in welcher Weise ein Gedenkort geschaffen werden könne. Zugleich warb er dafür, gleichermaßen Erinnern und Zukunft zu gestalten.

Oberbürgermeister Florian Janik zollte dem Klinikum Respekt für die Art und Weise, wie es die eigene Geschichte aufarbeite. Er warb für die Chance, einen Ort des Erinnerns und Entwicklungsmöglichkeiten für die Spitzenforschung nicht mehr gegeneinander zu stellen.

Auch die SPD-Fraktion begrüßte diese Einigung. Damit werde es möglich, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über unterschiedliche Möglichkeiten eines Gedenkortes für die ermordeten Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt zu diskutieren.

„Unser Ziel ist, einen angemessenen und würdigen Gedenkort zu schaffen“, so die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Dabei soll aber über das reine Erinnern hinaus auch dargestellt werden können, welche gesellschaftlichen Bedingungen die Ermordung behinderter oder psychisch kranker Menschen ermöglicht haben. Auch für aktuelle medizinethischen Fragestellungen soll Raum zur Diskussion geschaffen werden.“

„Ausdrücklich bedanken möchten wir uns beim Oberbürgermeister, der darauf hingewirkt hat, bis zu einer Entscheidung über die Gestaltung des Gedenkortes alle Möglichkeiten offenzuhalten. Das ist mit dem Moratorium für den Abriss gelungen. Unser Dank geht ebenso an den Klinikumsvorstand, der sich nach unserem Eindruck sehr intensiv und konstruktiv an der Diskussion über diesen Gedenkort beteiligt.“

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde die 1846 eingeweihte und 1977 zu großen Teilen abgebrochene „Hupfla“ in Erlangen ein Ort der Euthanasie. 908 Patienten von hier wurden im Rahmen der sogenannten T4-Aktion in Tötungsanstalten ermordet. Zwischen 1940 und 1945 starben darüber hinaus ca. 1.850 Patienten, davon etwa 1.500 an den direkten oder indirekten Folgen mangelhafter Ernährung.

Auf einen fraktionsübergreifenden Antrag zurückgehend wurde 2017 ein Beirat gegründet, der die „Schaffung eines ‚Ortes der Erinnerung‘ an die Ermordung von Menschen mit psychischer Erkrankung der Heil- und Pflegeanstalt“ vorantreiben soll.

Das Areal der ehemaligen „Hupfla“ nimmt zugleich eine wichtige Rolle für die Entwicklung des Universitätsklinikums ein. In den kommenden Jahren soll auf dem nördlichen Teil des Geländes ein Forschungszentrum von weltweit herausragender wissenschaftlicher Bedeutung angesiedelt werden. Es handelt sich dabei um das „Max-Planck-Zentrum für Physik und Medizin“ (MPZ-PM), mit dem die Max-Planck-Gesellschaft, die Friedrich-Alexander-Universität und das Universitätsklinikum das Ziel verfolgen, modernste physikalische und mathematische Forschung auf patientenrelevante Fragestellungen in der Medizin anzuwenden. Für den Bau ist der Teilabriss des ehemaligen Patiententrakts an der Schwabachanlage erforderlich.

Zukunftsprogramm für Grundschulen und Ganztagsbetreuung

Die Stadt Erlangen bereitet sich intensiv auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter vor, der für das Jahr 2025 erwartet

wird. Ergänzend zum laufenden Schulsanierungsprogramm wird deshalb das Programm „Zukunft Grundschulen und Ganztagsbetreuung“ auf den Weg gebracht. Einen entsprechenden Richtungsbeschluss hat der Stadtrat gefasst.

In einem ersten Schritt sollen die Planungen für fünf Grundschulen vorangetrieben werden, nämlich die Friedrich-Rückert-Schule, die Pestalozzischule, die Hermann-Hedenus-Schule, die Mönauschule und die Michael-Poeschke-Grundschule. Diese Priorisierung fußt auf einer eingehenden Untersuchung der Erlanger Grundschulstandorte. So wurden für die einzelnen Schulsprengel demographische und städtebauliche Entwicklungen und insbesondere die prognostizierte Schülerentwicklung und der zu erwartende Betreuungsbedarf für Grundschulkinder einbezogen. Aber auch die Entwicklung des offenen/gebundenen Ganztags an den Standorten und die derzeitige Raumsituation an den Grundschulen wurde berücksichtigt. Die Betreuung von Grundschulkindern soll perspektivisch in enger Kooperation zwischen den Schulen und den Einrichtungen der Jugendhilfe erfolgen und da wo möglich auch „unter einem Dach“.

Das Investitionsvolumen für die fünf Maßnahmen, die aus Sicht von Stadtrat und Verwaltung einhellig notwendig sind, beträgt 80 bis 90 Millionen Euro. Diese sollen zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm aufgebracht werden, für das in den kommenden acht Jahren jährlich allein 10 bis 13 Millionen Euro an Haushaltsmittel notwendig und das die vorhandenen Personalkapazitäten in der Bauverwaltung bereits bindet. Die Stadt rechnet damit, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztag zusätzliche staatliche Fördermittel fließen werden.

„Als familienfreundliche Stadt bietet Erlangen bereits jetzt schon qualitätsvolle und bedarfsgerechte Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote. Diese Position wollen wir halten und deshalb müssen wir jetzt auch die Grundschulen baulich fit für den Ganztag machen, dafür brauchen wir gute räumliche Bedingungen“, erläutert Bildungsreferentin Anke Steinert-Neuwirth. Oberbürgermeister Florian Janik sagte: „Wir freuen uns, dass in unserer Stadt viele Kinder geboren werden und Familien hier gerne leben. Und wir wollen auch in Zukunft alles dafür tun, dass es für alle Kinder in unserer Stadt beste Betreuungs- und Bildungsangebote gibt.“

Aus dem Bauch gesprochen:

Ein Märchen aus AnDerDeutschland

Von Monika Fath-Kelling

AnderDeutschland im Februar 2069. Längst schon sollten der kleine Hans und Margarete in ihren Bettchen liegen und ihrer goldenen Zukunft entgegenträumen. Allein, sie bestürmen ihre gute Großmutter: Oma Eva, bittebitte, nur noch einmal die Geschichte! Wie alles angefangen hat! Wie du und Opa alles hier mit eurem Schweiß und eurer Hände Arbeit erschaffen habt! BITTE, und sie kuscheln sich gemütlich auf Omas Schoß, in ihre Arme.

Na gut, die eine Geschichte, aber dann ab in die Falle. Also, als ich und Opa noch jung waren, lebten wir in einem Land in dem es überall drunter und drüber ging. Alle möglichen Kulturen lebten wild durcheinander, ein einziges Hauen und Stechen, jeder, JEDER sollte seines Glückes Schmied sein! Gleiches Recht für alle, jeder durfte mitreden. Wählen. Sogar die Gleichheit von Mann und Frau wurde behauptet! Kurz: eine gott- und führerlose Gesellschaft ohne Tradition, ohne Ehre, ohne Ordnung. Aber wenn die Not am größten ist, ist Rettung nicht weit. Immer mehr rechte Bürger wollten diese demokratische Hölle verlassen, suchten eine Alternative für Deutschland. Manchmal, in dunklen stillen Nächten, wenn der Wind günstig stand, konnte man am Ufer des großen Sees eine wunderschöne Melodie hören. Plötzlich fühlte man sich sicher, geborgen, verstanden, geliebt und voller Hoffnung. Kein Wunder, dass immer mehr Leute all ihren Mut zusammennahmen, ihre Freunde und Kollegen, ja sogar ihre Familien verließen und sich, wie wir, in Schlauchbooten, alten Kähnen und allem was schwimmt über den großen See, der bei Sonnenaufgang noch geheimnisvoll in Morgennebel gehüllt dalag, aufmachten, um eine andere, heilere Welt zu finden. Immer den Sarrazin-Gesängen folgend, die vom anderen Ufer verführerisch herüberklangen. Als wir ausgehungert, durstig und elend das andere Ufer erreichten, stand da inmitten des saftigen Ufergrüns dieser schwarz/weiße Storch mit dem roten Schnabel. Und ob es unser ausgezehrter Zustand war, oder ein Wunder, ein Mysterium? Auf jeden Fall verstanden wir ganz klar die frohe Botschaft, die uns diese Störchin vom himmlischen Reich klapperte. Sie wies uns durchs lyrische Walsertal ins fruchtbare Gauland. Und so gingen wir hin und gaben unser ganzes Herz für das dort herrschende gesunde Volksempfinden. Dadurch wurde unser Geist schon bald frei von den bösen Erinnerungen und Zumutungen der alten Welt, die Ruhe und Sicherheit des gesunden Menschenverstands bestimmmt seither unser Denken. Die kurzen Beine der Lügenpresse konnten unsere Wahrheit nicht einholen und so leben wir nun hier. Karg aber ehrlich und in würdiger Ruhe.

Inzwischen waren klein Hänschen und Gretl schon im Reich ihrer Träume angekommen und Opa Adolf legte sie sanft in ihre kleinen Betten. Er holte zwei Gläser deutschen Weins, setzte sich zu seiner geliebten Eva und seufzte: „Ach wenn doch künftig alle Menschen so glücklich leben könnten wie wir. Wir sollten Kolonien gründen, Kolonien der Würdigen.“ Und Eva: „Ja, das sollten wir. Oh wie schön klänge das: ‚Colonia Dignidad“. „Ja“, sagte Adolf und prostete und zwinkerte ihr zu.

Grundpfeiler der funktionierenden Demokratie: Vertrauen in den Rechtsstaat

Überlegungen wie weit das Vertrauen in den Rechtsstaat wichtig für die Verfassungszukunft und der damit verbundenen Demokratie ist

Von Mark Schuster

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, feiern wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz.

Vor dem Hintergrund der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus war es nun konsequent, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes den Rechtsstaat und die Demokratie eng miteinander verzahnt haben. Dies findet sich in den Staatsstrukturprinzipien aus Art. 20 GG. Diese Staatsstrukturprinzipien sowie die Grundrechte (Art. 1-19 GG) sind das Grundgerüst unserer Verfassung, gar unserer politischen Gesellschaft. Diese Konzeption hat nicht nur zu einem der liberalsten und offensten Staaten der Welt gefühlt, wobei hier der Hauptanteil dem Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen in den Anfangsjahren der BRD zuzuschreiben ist, sie hat auch für außergewöhnlichen Wohlstand und sozialen Ausgleich gesorgt. Das Konzept bleibt aber auch anspruchsvoll.

Rechtsstaat unter Druck

Der demokratische Rechtsstaat ist uns sehr vertraut, er ist aber nicht selbstverständlich. Rechtsstaat und Demokratie haben sich in Deutschland vielmehr ungleichzeitig entwickelt und stehen seit je in einem wechselhaften Spannungs- und Ergänzungsverhältnis. Beide Prinzipien finden aber zusammen im Dienste der Freiheitsidee nach 1945. Die Demokratie sichert die Selbstbestimmung des Volkes, indem sie die Bildung, Legitimation und Kontrolle derjenigen Organe organisiert, die staatliche Herrschaftsgewalt gegenüber dem Bürger ausüben. Der Rechtsstaat beantwortet hingegen die Fragen nach Inhalt, Umfang und Verfahrensweise staatlicher Tätigkeit. Er zielt auf Begrenzung und Bindung staatlicher Herrschaftsgewalt im Interesse der Sicherung individueller Freiheit – insbesondere durch die Anerkennung der Grundrechte, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und des Individualrechtsschutzes durch unabhängige Gerichte.

Um zu erkennen, wie schnell die vermeintlich unauflösliche Verbindung aus Rechtsstaat und Demokratie aus der Balance gerät, muss man denn auch nicht nach Weimar zurückschauen; es genügt der Blick in die EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen. Aber auch in Deutschland mehren sich die Anzeichen, dass der Rechtsstaat unter Druck gerät.

Schauen wir zunächst nach Polen und Ungarn: In Polen wurde der Verfassungsgerichtshof bereits Ende 2015 faktisch entmachtet. Wenig später wurden drei weitere Reformpakete auf den Weg gebracht. Danach sollen unter anderem zahlreiche der aktuellen Richter des Obersten Gerichts in den vorzeitigen Ruhestand versetzt und Sonderkammern eingerichtet werden. Dem Justizminister, der gleichzeitig als Generalstaatsanwalt fungiert, ist das Recht eingeräumt worden, die Amtszeit von Richtern, die das Pensionsalter erreicht haben, nach eigenem Ermessen zu verlängern. Hinzu kommt die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen Gerichtspräsidenten zu entlassen und zu ernennen.

Ähnlich ist die Situation in Ungarn. Unter anderem wurde dort die Zahl der Richter des Verfassungsgerichts von 11 auf 15 erhöht und, nachdem das Gericht mit regierungstreuen Richtern besetzt war, deren Amtszeit um drei auf zwölf Jahre verlängert. Ferner erfolgten zahlreiche Änderungen des Verfassungsprozessrechts, so wurden die Kontrollkompetenzen des Gerichts massiv eingeschränkt.

Aus mindestens drei Gründen müssen diese Entwicklungen auch in Deutschland beunruhigen. Zunächst einmal basiert das europäische Rechtssystem in vielen Bereichen auf dem Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens, also auf der Anerkennung rechtlicher Akte anderer Mitgliedstaaten ohne vertiefte eigene rechtliche Überprüfung. Wo dieses Vertrauen fehlt, entstehen in der Praxis erhebliche Funktionsdefizite.

Der zweite Grund der Beunruhigung ist grundsätzlicher Natur. Wenn die Erkenntnis richtig ist, dass es keine formelle Integration ohne eine sachliche Wertegemeinschaft geben kann, dann sind strukturelle Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz in einem Mitgliedstaat nicht hinnehmbar, weil sie das Fundament der Rechtsstaatlichkeit betreffen.

Das führt zum dritten Grund der Sorge: Was steckt hinter diesem Grunddissens über die Minimalia der Rechtsstaatsidee? Geht es den genannten Regierungen allein um die mittelfristige Herrschaftssicherung im eigenen Lande, oder sind wir alle vielleicht sogar Zeugen der Anfänge eines allgemeinen Kulturkampfes um die Rolle der Justiz in postmodernen Demokratien? Eine Erklärung des polnischen Botschafters in Deutschland aus dem Jahre 2017 lässt hier aufhorchen: „Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und Pressefreiheit (...), alle diese Werte werden in Polen gepflegt. Das Problem ist die Interpretation. Brüssel ist zu sehr ideologisch geprägt. Und zwar durch linksliberale Ideologie."

Dieses Begründungsmuster trägt ein erhebliches Infektionsrisiko in sich, denn es leuchtet jedem Populisten sofort ein und kann ohne Weiteres auf die gesamte Justiz übertragen werden. Danach sind die jüngsten „konstitutionellen Krisen" in Ungarn und Polen, aber auch in Rumänien oder der Türkei nicht als Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu sehen, sondern als demokratisch legitimierte „Gegenbewegung" aus dem Volke gegen die zuvor erlebte „Justizialisierung" der Gesellschaft und die Politisierung und Instrumentalisierung der Justiz. Diese wird damit unter den Generalverdacht gestellt, Eigeninteressen zu verfolgen und in ihrer Rechtsprechung den Mehrheitswillen nicht hinreichend

zu respektieren. In dieselbe Richtung argumentierte die AfD im Bundestag in ihrem Antrag zur „Entpolitisierung der Justiz und Sicherheitsbehörden“ (BT-Drs. 19/6022), in der behauptet wird, dass die Justiz und Sicherheitsbehörden nicht mehr unabhängig sind, sondern u.a. durch die Richterwahlverfahren politisiert wurden und so nicht der Regierung wiedersprechen würden.

Akzeptanzverluste für das Recht

Von dieser Argumentation ist es nicht mehr weit zur generellen Diskreditierung des Rechts und der zu seiner Durchsetzung berufenen staatlichen Institutionen. Sie fällt vor allem dort auf fruchtbaren Boden, wo die politische Debatte sich radikalisiert, wo das Ringen um Ausgleich und Kompromiss der schlichten Diffamierung des politischen Gegners weicht und die politischen wie sozialen Ordnungsfaktoren der Gesellschaft grundsätzlich infrage gestellt werden. Auch die Bundesrepublik ist vor solchen Tendenzen nicht gefeit. Akzeptanzverluste für das Recht drohen hier insbesondere von zwei Seiten

Zum einen scheint das Vertrauen vieler Bürger in den Rechtsstaat weiter zurückzugehen. In zwei repräsentativen Umfragen des Instituts Civey im Auftrag des FOCUS und des Instituts pollytix gaben nur rund jeder zweite Deutsche großes oder sehr großes Vertrauen in die Justiz besitzen. Es ist nicht lange her, da waren die Beziehungen zwischen den Deutschen und ihren Rechtsprechern noch deutlich besser: Im Jahr 2013 hatten im Rahmen einer EU-Umfrage noch 77 Prozent der befragten Deutschen bekannt, dass sie dem Gerichtswesen vertrauen. 2014 im Rahmen einer Allensbach-Umfrage waren es noch 66 Prozent. Dass viele Bundesbürger eine kritische bis negative Einstellung gegenüber der Justiz haben, wird auch bei anderen Aspekten der Umfrage für FOCUS deutlich. So antworten auf die Frage „Denken Sie, dass in Deutschland vor Gericht alle Menschen gleich sind?“ mehr als 60 Prozent mit „eher nein“ bzw. „nein, auf keinen Fall“. Für viele Deutsche sind Richter offenbar nur noch auf dem Papier unabhängig, viele bezweifeln, dass alle Menschen vor Gericht wirklich gleich sind. Damit stellen sie zwei Grundprinzipien des Rechtsstaats in Frage. Anders formuliert: Sie sehen Versprechen gebrochen, die ihnen der Staat durch das Grundgesetz versprochen sind. Allein die Tatsache, dass solche Eindrücke entstehen können, ist gefährlich – völlig unabhängig davon, ob sie berechtigt ist.

Des Weiteren scheint das Vertrauen vieler Bürger*innen in die Bindekraft rechtlicher Regeln bei tagespolitisch orientierter Krisenbewältigung zu schwinden. So hat zuletzt das Verhalten unterschiedlicher staatlicher Akteure im Rahmen der Flüchtlingsproblematik Zweifel an die Durchsetzung der einschlägigen Regeln genährt. Stichworte sind zum Beispiel „Öffnung der Grenze im Herbst 2015“ (was ja eine Lüge darstellt, denn die Grenzen sind seit Schengen offen), Kirchenasyl, Kölner Silvesternacht, aber auch die umstrittene Abschiebung des Gefährders Sami A. in NRW. Zu erwähnen sind etwa noch die Abgasskandale in der Automobilindustrie, die Regelverletzungen deutscher Banken in der Finanzkrise, die riesige Zahl von anhängigen Asylverfahren oder die hohe Einstellungsquote bei Strafverfahren nicht nur im Bereich der Alltagskriminalität.

Nun bin ich weder berufen, noch ist hier der Raum, diese ganz unterschiedlichen Fallkonstellationen rechtlich einzuordnen und zu bewerten. Wir sollten uns aber klarmachen, dass einzelne staatliche Rechtsverstöße die Idee des Rechts selbst nicht zu diskreditieren vermögen: In einem Rechtsstaat werden Rechtsverstöße ermittelt, benannt und sanktioniert. Unrecht herrscht erst dann, wenn Recht systematisch missachtet oder sein Geltungsanspruch generell in Abrede gestellt wird. Gerichtliche Entscheidungen müssen daher auch dann befolgt werden, wenn man sie für unzweckmä-

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

ßig oder falsch hält. Unabhängig davon entpuppen sich die Vorwürfe eines Rechtsverstoßes bei genauerem Hinsehen nicht selten lediglich als Konflikte über die richtige Interpretation von Normen oder das Zusammenwirken mehrerer Normschichten, wie etwa im Fall der Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze. Solche Konflikte sprechen nicht gegen das Recht, sondern sind konstituierender Teil einer lebendigen Rechtsgemeinschaft.

Das Verständnis für diesen Zusammenhang und die Kompliziertheit des Rechts ist aber in der Bevölkerung generell gesunken. Auch von dieser Seite droht eine Schieflage. Wenn das Recht mit Erwartungen konfrontiert wird, die sie nicht einlösen kann, kommt es zwangsläufig zu Enttäuschungen. Das führt zu dem oben festgestellten Vertrauensverlust. Nun ist der Vorwurf, das Recht sei zu kompliziert, fast so alt wie das Recht selbst. Und selbstverständlich bedingen komplexe Probleme in modernen Gesellschaften komplexes Recht. Wenn aber selbst gute Juristen nicht mehr ohne Weiteres in der Lage sind, die AGB des Vertrages zu verstehen, den sie gerade unterschreiben, wenn Strafprozesse Hunderte von Verhandlungstagen benötigen, wenn die Aufstellung eines Planfeststellungsbeschlusses nur noch von einer Handvoll Fachleuten rechtssicher durchgeführt werden kann, dann erodiert das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Besonders mit der deutschen Justiz abgeschlossen zu haben, scheinen vor allem AfD-Sympathisanten: 75 Prozent von ihnen misstrauen nach der pollytix-Umfrage der Justiz. Dies zeigt sich vor allem in den Reaktionen dieser Partei zu den letzten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, das in der Bevölkerung seit Jahren großes Vertrauen genießt. Es ist seit den Anfangsjahren der jungen Republik das Bollwerk für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ohne das Bundesverfassungsgericht wäre die Geschichte der Bundesrepublik mit Sicherheit anders verlaufen. Es gab nur wenige Urteile, die als umstritten galten wie zum Beispiel die Abtreibungsurteile. Aber die Richter wissen, welch fragiles Gut das ist, weshalb sie immer auch mitdenken, wie ihre Urteile in der Öffentlichkeit ankommen. Und es gibt keine Garantie, dass die grassierende populistische Elitenverachtung dauerhaft vor dem Gericht haltmachen wird.

Wenn man mit AfD-Juristen spricht, finden die bei aller spürbaren Zurückhaltung durchaus mögliche Ansatzpunkte für eine Eskalation der Auseinandersetzung mit Karlsruhe: etwa den Umstand, dass ein ehemaliger Politiker wie der saarländische Ministerpräsident Peter Müller von der CDU heute als Richter seine einstigen Parteifreunde, darunter die Bundeskanzlerin, kontrollieren darf. Auch die letzten Urteile oder Beschlüsse des Gerichts, etwa zu den Rundfunkgebühren oder zur Zulässigkeit der AfD-Anträge zur Flüchtlingsanträge der GroKo, wurden populistisch ausgeschlachtet.

Als rechtliche Grundlage des Gemeinwesens bestimmt die Verfassung nach denen politischen Einheiten sich bilden soll und staatliche Aufgaben wahrzunehmen sind. Das Grundgesetz benennt diese Prinzipien in der Präambel und in den Art. 1, 20, 28 GG. Zu diesen Prinzipien aus Art. 1, 20, 28 GG gehört auch das Rechtsstaatsprinzip als ein fundamentales Verfassungsprinzip. Damit gehört die Rechtsstaatlichkeit zu den Grundpfeilern unserer Verfassung und damit der Demokratie. An diesem Pfeiler rütteln nun die Populisten. Jedes Urteil oder jeder Beschluss wird angezweifelt und der „Hüter der Verfassung“ als Marionetten der Regierung diffamiert. Selbst wenn diese Urteile unter Juristen komplett unumstritten ist oder die Gerichte geltendes (Europa-) Recht umsetzen (siehe Fahrverbote). So kann man es regelmäßig in den Sozialen Netzwerken erkennen. Durch all diese Aktionen wird an dem Pfeiler der Rechtsstaatlichkeit Dynamit angesetzt, um das Haus Verfassung und Demokratie zum Einsturz zu bringen. Da die Rechtsstaatlichkeit ein Grundstock der Verfassung darstellt und durch den Rechtsstaat die Grundrechte angewendet werden, wird bei fehlendem Vertrauen auch nicht mehr in das Grundgesetz vertraut. Und das ist gefährlich! Das Grundgesetz ist das Produkt aus den Lehren des Nationalsozialismus und hat Deutschland zu Freiheit und Wohlstand gebracht und kann immer im Lichte der Gesellschaftsmehrheit auslegbar. Vertraut man nicht mehr an die Regeln unseres Zusammenlebens, dann ist Demokratie an sich in Gefahr! Somit gilt: Verliert man das Vertrauen, verliert man ein Stück weit auch das Vertrauen in unsere Verfassung! Das ist nicht hinnehmbar!

Angesichts der aktuellen europäischen Debatte über eine Politisierung der Justiz, wie sie durch die AfD auch in Deutschland geführt wird, sollte gerade bei der Besetzung herausgehobener Funktionsstellen in der Justiz schon der bloße Anschein sachwidriger (partei) politischer Einflussnahme vermieden werden. Insofern war die Berufung Stephan Harbarths zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, obwohl er zu dem Zeitpunkt Berufspolitiker und Mitglied des Bundestages war, ein falsches Signal und ein Anlass berechtigter Kritik an der Richterwahl und dieser Entscheidung. Mit eben jener Entscheidung spielte man den Populisten in die Karten.

Investitionen in die Demokratie

Auch wenn die Beurteilungen dieser Entwicklungen im Einzelnen divergieren mögen, so dürfte doch deutlich geworden sein, dass wir dringend eine Revitalisierung des allgemeinen rechtsstaatlichen Diskurses und seiner demokratischen Einbettung benötigen.

Als erstes muss die Leistungsfähigkeit der Justiz erhöht werden. Die personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte war in den letzten Jahren zunehmend defizitär. Hier hat zumindest erfreulicherweise ein Politikwechsel stattgefunden. Auch im Koalitionsvertrag. Dort stellt sich aber auch die Frage, wie wir es sicherstellen, von den besten Juristinnen und Juristen weiterhin eine ausreichende Zahl für den Justizdienst zu gewinnen. Die Justiz hat zu Recht den Anspruch, nur Absolventen mit ausgezeichneten Examensergebnissen einzustellen. Die Attraktivität des Richterberufs hat aber gelitten. Es gilt dringend, diesen Beruf auch attraktiver zu gestalten, zum Beispiel eine höhere Besoldung für die Nachwuchsgewinnung und für die Sicherung der Unabhängigkeit der Richter sowie für die Integrität des Rechtsstaates.

Als zweites kommt erschwerend das schwindende Vertrauen der Bürger*innen in die rechtsstaatliche Praxis hinzu. Der oben beschriebenen Rechtsskepsis kann man nur durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken. Dass Gerichte, auch das Bundesverfassungsgericht, ihre Entscheidungen überhaupt erklären und rechtfertigen müssen, ist nicht förderlich für das Vertrauen. Um die Arbeit der Gerichte zu kommunizieren, müssen Instanzgerichte vor Ort bleiben und dort verankert werden. Justiz sollte immer sichtbar und präsent sein – auch in der Fläche! Dazu gehört mehr als öffentliche Verhandlungen. Theoretisch kann man einen bundeseinheitlichen „Tag der Gerichte“ einführen, der einem „Tag der

offenen Tür“ gleichkommt. Schließlich könnte man daran denken, dem traditionellen Aufbau einer Gerichtsentscheidung eine kurze und leicht verständliche Zusammenfassung voranzustellen, die den Zugang zur Entscheidung erleichtert. Das Bundesverfassungsgericht ist hier mit seinen Leitsätzen vor der eigentlichen Entscheidung ein Vorbild. Letztlich muss es zu einem Umdenken in der Justiz insgesamt kommen, was die Kommunikation anbelangt. Richter und Staatsanwaltschaft können sich nicht länger auf den traditionellen Standpunkt zurückziehen, nur durch ihre Entscheidungen, nicht aber über ihre Entscheidungen zu sprechen.

So wichtig eine leistungsfähige und transparente Justiz für den Rechtsstaat ist, am Ende des Tages kommt es auf die innere Einstellung derjenigen an, die ihn mit Leben erfüllen sollen. Der Rechtsstaat verwirklicht sich nicht in einem einzelnen Moment, sondern in der stetigen selbstkritischen Praxis der für ihn arbeitenden Menschen. Das sind nicht nur die Angehörigen der Justiz, das sind alle, die Recht gestalten, konkretisieren und umsetzen. Politiker genauso wie Anwälte, Justiziare, Polizisten oder Verwaltungsmitarbeiter. Es liegt in ihrer persönlichen Verantwortung, das Vertrauen der Bürger*innen in unsere rechtsstaatlichen Institutionen zu stärken. Das kann nur gelingen mit einen entsprechenden rechtsstaatlichen Ethos und das Vertrauen der Gesellschaft in ihr Recht verliert die Einsicht, dass Demokratie sehr viel mehr bedeutet als die schlichte Vollstreckung dafür, dass die Minderheit zur Mehrheit werden kann und demokratische Herrschaft zeitlich begrenzt ist – freie und gleiche Wahlen, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Schutz der parlamentarischen Opposition, sei sie sonst noch so radikal, und noch vieles mehr – ‚lassen sich nur über das Recht absichern. Wer dem Recht misstraut, geht schnell den Fängen populistischer Bewegungen deshalb schnell in die Falle. Jede Investition in den Rechtstaat ist daher auch eine Investition in die Zukunft der Demokratie und somit der Verfassung!

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 5. Dezember

Weihnachtsfeier
Die Weihnachtsfeier, zu der alle Mitglieder und ihre Angehörigen eingeladen wurden, findet in einer offenen und lockeren Atmosphäre statt. Es wird auch über den Zustand und das Erscheinungsbild der SPD im öffentlichen Raum diskutiert.

Bewerbung für die Stadtratsliste der SPD zur Kommunalwahl 2020
Tanja Amon bewirbt sich für die SPD-Stadtratsliste. Tanja ist seit März 2017 Distriktvorsitzende in Dechsendorf und ist als Person beispielgebend für den gelungenen Generationswechsel. Sie ist verheiratet, Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern, berufstätig und ist ehrenamtlich im Stadtteil vernetzt.

Gerhard Carl

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 20. Februar, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am Dienstag, 12. Februar, 19:30 Uhr, Gemeindezentrum Frauenaurach

Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Am 12. März findet unsere Jahreshauptsversammlung statt, ebenfalls um 19:30 Uhr im Gemeindezentrum.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Sitzung vom 13. November

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.

2. Aktuelles
Tagespolitische Themen wie die Gelbwesten-Proteste und der Brexit werden diskutiert.

3. Kommunalwahl 2020: Frauenauracher Listenfindung
Die Mitglieder mögen sich nach interessierten Bewerbern für den Stadtrat 2020 umhören, bzw. sich bei Interesse bei Jens Schäfer melden.

Liz wird als Vertreterin für die erweiterte Distriktkommission gewählt.

4. Sonstiges
Nächste Sitzungen am 15. Januar und 12. Februar jeweils um 19:30 im Gemeindezentrum

Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsversammlung vom 15. Januar

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.

2. Aktuelles
- Es werden Ideen für den Wahlkampf 2020 gesammelt. Wer sich noch mit einbringen möchte, möge sich bitte melden.
- Themen für die Kommunalwahl 2020: Verkehr, Wohnen (Seniorengerecht), Bildung, Grünflächenkonzept (Sitzmöglickeiten), Naherholung
- Tagespolitische Themen wie der Brexit werden diskutiert.
- Mit Fahrplanumstellung im Dezember hat es Veränderungen der Buslinie 281/201 gegeben. Diese sind zum Teil negativ, weil es nun Probleme mit dem Schulbus und dem Spätbus gibt. Dafür wurde der Takt verbessert.

3. Veranstaltungen 2019
Fraktion vor Ort/Stadtteilkonferenz zum Thema (Barrierefreies) Wohnen, Nachverdichtung, Senioren, und ggf. Kinder. Für Herbst 2019

Hortsituation mit Birgit Hartwig und Reinhard Rottmann (Kath. Pfarramt möchte gerne einen Hort einrichten; Kauf des evang. Pfarramts; geplant für April)

4. Sonstiges
Termine in der ersten Jahreshälfte:
- 12. Februar: Themen: Ortsbeirat Kriegenbrunn und Frauenaurach; Wahlprogramm für Distrikt!
- 12. März: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen
- 9. April: Hortsituation mit Birgit Hartwig/Reinhart Rottmann (geplant)
- 7. Mai
- 11. Juni
- 9.Juli

Jens Schäfer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am 12. Februar, 20 Uhr, Kulisse

Unsere weiteren Termine 2019: 19. März, 30. April, 21. Mai, 25. Juni, 23. Juli.

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktssitzung statt findet am

Dienstag, 12. Februar, 19 Uhr, Brückenpaulus (Schronfeld 74)

Simon wird uns einen Vortrag über die aktuelle Situation in Großbritannien aufgrund des Brexits halten.

Mit solidarischen Grüßen
Munib

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Sitzung am

Mittwoch, 27. Februar, 20 Uhr, Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:
1. Stadtteilbeirat ER-Süd: Besetzung BeirätInnen/Stellv.
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 12. Februar, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Einladung Gertrud mit Bewirtung
3) „Zwischen Anpassung und Skepsis“: Situation eines Pfarrers im 3. Reich (Vortrag von Rolf)
4) Diskussion
5) Berichte
6) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am 19. März(!!!), 19 Uhr, Distriktsversammlung am 9. April

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlung vom 11. Dezember

TOP 1: Aktuelles
Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Vorsitzenden der CDU wird kurz diskutiert. Von den drei Kandidaten AKK, Merz und Spahn wird sie noch als die Liberalste eingeschätzt. Gegen den Wirtschaftskurs Merz’scher Ausprägung oder an Spahns konservativer Ausrichtung könnte sich die SPD besser profilieren, so aber droht eine Weiterführung der ungeliebten Großen Koalition.

Die Aufstellung der Justizministerin Katarina Barley als Deutschlands SPD-Spitzenkandidatin wird allgemein begrüßt. Zusammen mit Frans Timmermann wird sie ein starkes Team für die Europawahl bilden.

TOP 2: Diskussion zur STUB-Trassenführung in Tennenlohe
Aktuell werden zwei Trassenverläufe durch Tennenlohe weitgehend gleichberechtigt diskutiert. So die ursprüngliche Planung mit dem Rechtschwenk am Wetterkreuz, Querung der Kreuzung und Verlauf entlang der B4 bis zu einem Linksschwenk Richtung Feuerwehrhaus. Die Alternative würde am Wetterkreuz leicht links durch den Leitensteig und Hutgraben auf die Sebastianstraße einbiegen. Beide Varianten sind suboptimal, aber alle weiteren Alternativen scheinen entweder zu teuer oder zu wenig nutzbringend. Für die STUB generell sprechen neue Verkehrsprognosen, die einen massiven Anstieg der Nutzerzahlen erwarten lassen, so dass die Planungen nun von einem 10-Minuten-Takt ausgehen.

TOP3: Tennenlohe im Baufieber
Im Ort entstehen aktuell vielfältige Neubauten. Vor allem im historischen Zentrum wurden in den letzten Monaten mehrere alte Gebäude abgerissen, die nun durch Neubauten ersetzt werden.

TOP 4: Neujahrsempfang des Ortsbeirates
Der Neujahrsempfang findet am 1. Februar wieder am Fraunhofer-Institut am Wolfsmantel statt. Das Programm steht weitgehend und der OB hat seine Teilnahme zugesagt, Rolf sucht noch ein Motiv für die Einladungskarte.

TOP 5: Antrag
Gert Büttner stellt den Antrag Kosten in Höhe von Euro 126,50, die Rolf für einen Flyer für West III ausgelegt hat, ihm zu erstatten. Der Antrag wird ohne Gegenstimmen angenommen.

TOP 6: Jahresplanung
Die Termine für die monatlichen Treffen im neuen Jahr sind bereits festgelegt. Erstes Treffen ist am 8. Januar. Am 12. Februar Wird Gertrud anlässlich ihres 70. Geburtstag zu einem kleinen Imbiss einladen. Rolf wird im Anschluss über seine Studien zu Feldpostbriefen im Dritten Reich referieren. Die Märzsitzung wird auf den 19. März verlegt.

TOP 7: Verschiedenes
Andreas berichtet aus dem Stadtrat: In Erlangen wird aktuell ein Grünkonzept umgesetzt, im Rahmen dessen viele neue Bäume gepflanzt werden sollen. Hierbei wird bei der Auswahl der Bäume darauf geachtet, dass diese einheimisch, klimaresistent und ökologisch als Bienenweide nutzbar sind. Nach den „gefühlt massiven“ Baumfällungen der letzten Jahre im Stadtgebiet sieht der Distrikt diese Maßnahme als wichtig an. Wilhelm regt außerdem an, dass die Stadt verstärkt Felder und Wiesen aufkaufen und in ökologische Ausgleichsflächen umwandeln sollte. Bezogen auf die Bautätigkeit im Stadtgebiet sieht er viel zu wenige ökologische Ausgleichsflächen. Andreas widerspricht Ihm, dass die Stadt sehr wohl ihre gesetzliche Pflichten zur Schaffung von Ausgleichsflächen nachkommen würde. Leider sind die Fläche aber häufig nur kleine verteilte Flurstreifen, deren ökologischer Wert dadurch eher gering bleibt. Aber geplant ist, auf der Wöhrmühlinsel eine größere Fläche als Auwald ökologisch aufzuwerten.

Um die Mietenanstieg zu bremsen, wird die Stadt eine kommunale Mietpreisbremse für die Gewobau einführen. Außerdem ist mit der Gründung der GewoLand eine Kooperation mit den Umlandgemeinden zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus initiiert worden, die inzwischen gut angelaufen ist.

Hans Hauer

Protokoll der Distriktversammlung vom 8. Januar

TOP 1: Aktuelles
Rolf verteilt Einladungen für den Jahresempfang des Ortsbeirats am 1. Februar um 17 Uhr am Fraunhofer IIS, Am Wolfsmantel 33. Interessierte Bürger sind herzlich willkommen.

TOP 2: Die Zukunft der SPD
Der Distrikt diskutiert darüber, mit welchen Themen die SPD sich im neuen Jahr befassen soll und wie sie bundesweit wieder mehr Unterstützung und Zustimmung bekommen kann. Mit den Themen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Mindestlohn“ hat die Partei wichtige Themen besetzt, die aber in der Öffentlichkeit nicht wirklich honoriert werden. Mit Zukunftsthemen – wie Zukunft der Arbeit, Weiterbildung, Bürgerversicherung und bedingungsloses Grundeinkommen sollte die Partei pointierter in die Diskussion gehen. Mit ökologischen Themen – Klimawandel, Ausstieg aus der Braunkohle, Förderung des Schienenverkehrs, ökologische Landwirtschaft – muss die Partei sich stärker positionieren. Ob dies als Teil der Regierung wirklich möglich ist, muss spätestens im Herbst kritisch hinterfragt werden.

TOP 3: Situation der SPD in Erlangen
Die Arbeit der SPD geführten Stadtratsmehrheit hat viele Erfolge aufzuweisen. So ist der Glasfaserausbau in der Stadt weit vorangeschritten. Der öffentliche Nahverkehr wurde durch die neuen Busverbindungen verbessert, die Einführung des ErlangenPasses ist ein Erfolg und der öffentliche Wohnungsbau hat einen hohen Stellenwert erreicht. Leider scheint die Fraktion bei letzterem Thema nicht immer das nötige Feingefühl und ausreichende Bürgernähe gezeigt zu haben, was zu einigen Rückschlägen

geführt hat.

TOP 4: Antrag
Der Distrikt stellt einstimmig den Antrag an den Kreisverband für einen Zuschuss für den Tennenloher Bote für 2019

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
und schon wieder ist ein Jahr vorbei. Unsere Jahreshauptversammlung steht wieder an.

Unsere Vorstandsmitglieder werden wie jedes Jahr neu gewählt. Wer Lust hat im Vorstand mitzuarbeiten, kann mir gerne auch schon vorab Bescheid geben.

Wir treffen uns zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 13. Februar, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Wahl einer Versammlungsleitung und Wahlkommission
3. Rechenschaftsbericht
4. Kassenbericht
5. Entlastung des Vorstands und Kassiers
6. Neuwahl des Vorstands
7. Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion und Orts- und Stadtteilbeiräten
8. Verschiedenes

Außerdem suchen wir immer noch einen Freiwilligen/eine Freiwillige, der/die Lust hat, die Monatsspiegel in Alterlangen-Süd auszutragen.

Wenn du Lust hast, melde dich doch bitte bei mir.

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
Der Vorstand der AG 60plus lädt ein zur nächsten Vorstandssitzung/Mitgliederversammlung und freut sich auf euer Kommen am

Mittwoch, 6. Februar, 16 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Rechenschaftsbericht 2018
5. Programm für 2019
   - Filmreihe im Frühjahr
   - Pflege der Städtepartnerschaft mit den Jenensern
6. Verschiedenes

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12. Dezember

Top 1: Begrüßung
Die Begrüßung erfolgt durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Genehmigung des Protokolls,
Das Protokoll wird genehmigt

Top 3: Aktuelles
- Heute wurde der Kreuzstein für den vor einem Jahr verstorbenen früheren Landtagsabgeordneten und Stadtrat, Wolfgang Vogel, eingeweiht.
- Unser Antrag: SPD erneuern „Basisdemokratie ohne Delegierte“

  In der SPD-Satzung ist das Delegiertenverfahren festgelegt. Kann man die Satzung ändern? Dazu Hem: Es sollte überlegt werden, wie die Auswahl von oben nach unten verbessert werden kann. Dafür sollten

wir auf der untersten Eben anfangen, um die Diskussion für mehr SPD-Stimmen in Gang zu bringen. Das ist ein Element von Basisdemokratie. Der Antrag sollte auf dem Unterbezirkstag als Initiativantrag gestellt werden, die erforderlichen Stimmen fehlten jedoch. Jetzt soll der Antrag auf der KMV gestellt werden. Hartmut bittet um Unterstützung auf der KMV. Im übrigen wurde das von Lars Klingbeil in seinem Bezirk auch bereits vollzogen. Die Mitglieder werden dadurch stärker an Willensbildungen beteiligt.

- Frage: Durch wen ist AG 60plus im Stadtrat vertreten?

  Anette Christian ist für Seniorenarbeit zuständig. Im Stadtrat sind Gisela Niclas und Robert Thaler. Im Bezirkstag sind vier SPD-Mitglieder: Christa Naaß (Ansbach-Süd/Weißenburg-Gunzenhausen), Gisela Niclas (Erlangen-Stadt), Sven Ehrhardt (Roth) und Dr. Horst Krömker (Nürnberg-Nord), davon sind Dr. Horst Krömker und Christa Naaß für Seniorenarbeit zuständig.

  Winfried Stein denkt darüber nach zu kandidieren, da er aufgrund seiner früheren Tätigkeit viel vom Bauen, Planen und Wohnungsbau versteht, und er jetzt die Zeit dazu hat.
- Seniorenbeirat

  Aus dem Seniorenbeirat hat bisher Helga Steeger für uns berichtet. Hartmut ist für die nächsten drei Jahre ordentliches Mitglied im Seniorenbeirat und arbeitet in den Arbeitsausschüssen „Mobilität und Verkehr“ und „Pflege und Gesundheit“.

  Im September 2018 war eine erste Sitzung, im November die zweite. Zum Thema „Pflege“ wurde eine Notfallmappe (vorsortierter Ordner) erarbeitet, die im Rathaus für 2 Euro erworben werden kann (Zimmer 434, Rathaus).

  Es gibt einer Ratgeber „Pflegeplatzbörse“ mit Auskunft über alle Pflegestellen der Stadt Erlangen. Man erfährt auch, ob es freie Pflegeplätze gibt. Des weiteren gibt es den Seniorenratgeber „Älter werden in Erlangen“, der auch im Internet eingesehen werden kann.
- AG 60plus Regensburg

  Johann Berger hat Hartmut ein Totenbild von Brigitte Wilhelm geschickt, Hartmut zeigt es.
- Leserbrief von Hem „Thema: Kommunale Selbstverwaltung – Subsidiarität“ im MS Dezember 2018/Januar 2019

  Hem berichtet von der Tarifstruktur der Stadtwerke Tübingen. Bei Vierertickets wird dort jetzt weniger eingenommen, dagegen mehr bei Tagesticketangeboten, so dass es insgesamt kostenneutral bleibt. Auch ältere Streifenkarten haben dort noch Gültigkeit. Ein entsprechender Antrag soll an die KMV gestellt werden, Hartmut kümmert sich darum.
- Situation Bushaltestellen

  Einkaufszentrum Cumianastraße, Kreisverkehr beim Dehner: Die nächste Bushaltestelle von diesem Einkaufszentrum befindet sich an der Felix-Klein-Straße, was besonders für ältere Menschen, evtl. mit Rollator, einen weiten beschwerlichen Weg bedeutet. Es müßte möglich sein, die Buslinie in die Cumianastraße einfahren zulassen, dort eine Haltstelle einzurichten, der Bus kann gut über den Kreisverkehr beim Dehner zurück fahren. Auch fehlt ein Fahrradweg an der Cumianastraße ganz.

  Hem berichtet dazu, dass es Stellen in Erlangen zwischen zwei Haltestellen gibt, bei denen ein Bus nach 20:00 Uhr bei Bedarf halten könnte.

  Die Situation an der Bushaltestelle „Rathsstift“ ist ebenso zu bemängeln, da sie sich zu weit weg vom Rathsstift befindet. Allerdings ist dies auf das dortige Wasserschutzgebiet des Reichswalds zurückzuführen.

Top 4: Jahresrückblick

Wir stellen fest, dass wir in diesem Jahr sehr fleißig waren. Es fanden 7 Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen statt. Weiterhin initiierten wir

- Besuch in der Wilhelmine
- Begegnungstag mit den Jenensern am 26. Juni
- Veranstaltung mit Johanna Uekermann am 28. Juni
- Zwei Filmreihen, je drei Mal ein Film im Frühjahr und Herbst mit Kaffee und Kuchen in Zusammenarbeit mit den IGM-Senioren. Die Veranstaltungen waren gut besucht und fanden regen Anklang. Die Filmreihe werden wir auch im Jahr 2019 fortsetzen.
- Regensburg – Stadtplanung, Besuch am 19. Oktober 2018. Von Eberhard Irlinger kam der Hinweis, dass über solche Aktionen eine Pressemitteilung erfolgen soll.
- Im Monatsspiegel ist die AG 60plus mit Artikeln jeweils gut vertreten.

Anträge wurden auch von der AG 60plus formuliert.
- Hartmut spricht dafür seinen Dank an alle aus.

Top 5: Programm für 2019
- Filmreihe im Frühjahr 2019: Wird fortgesetzt, Termine sind Februar, März und April 2019. Besonders gewünscht wird der Film „Ziemlich beste Freunde". Renate wird einen neuen Prospekt anfordern. Vorschlag: Film „Mademoiselle Marie" zeigen.
- Pflege der Städtepartnerschaft mit den Jenensern: Programm für Besuch der Jenenser muss überlegt werden.
- Im Jahr 2020 findet dienächste Kommunalwahl statt. Wie bringen wir uns ein?
- Im Zusammenhang mit der Europawahl alle Städtepartnerschaften in Erlangen für Aktion „Frieden in Europa" mit einbeziehen
- Besuch AG 60plus Regensburg planen

Top 6: Verschiedenes
- Zur nächsten KMV am 31. Januar 2019 kommt Horst Arnold
- Zur KMV am 21. Februar 2019 kommt Mathias Dornhuber, Juso aus Fürth und Kandidat für die Europawahl
- Nächster Termin: Mittwoch, 6. Februar 2019, 16:00 Uhr

Protokollführerin: Renate Schmidt

Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60plus Erlangen für 2018

Der Rechenschaftsbericht stellt die Arbeit der SPD-AG 60plus vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 dar. Die AG 60plus Erlangen ist ein stabiler, aber recht kleiner Kreis, der regelmäßig Veranstaltungen durchführt, in Kreisvorstand und GKV vertreten ist und die Aktivitäten von 60plus in jedem Monatsspiegel dokumentiert. Unsere Veranstaltungen waren mit durchschnittlich fünf bis acht Teilnehmern besucht, das entspricht in etwa der Quote letzter Jahre. Die beschlossene Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat der Stadt Erlangen, der Seniorengruppe der IG Metall und dem 60plus-Unterbezirk war erfolgreich.
- Mit den IG-Metall-Senioren gingen wir auf den Berg
- Die Filmreihe drei Mal Film im Frühjahr bzw. im Herbst führten wir gemeinsam mit den IG-Metall-Senioren durch.
- Gemeinsam mit dem 60plus-Unterbezirk besuchten wir die Wohngemeinschaft Wilhelmine
- Gemeinsam mit dem 60plus-Unterbezirk diskutierten wir die Frage „SPD Erneuern" und formulierten einen Antrag, das Delegiertenprinzip auf Unterbezirksebene durch ein basisdemokratisches Mitgliedervotum zu ergänzen.
- Es fanden vier Vorstandssitzungen und drei Mitgliederversammlungen der AG im August-Bebel-Haus statt, weiterhin besuchten uns 60plus Jena. Und wir reisten nach Regensburg, um uns vor Ort die dortige Stadtentwicklungsplanung erläutern zu lassen.

Alle Punkte, die sich AG 60plus für 2018 vorgenommen hatte, konnten durchgeführt wurden.
- Januar: Jahreshauptversammlung
- Februar: Start der Filmreihe Drei Mal Film im Frühjahr,
- Juni: Besuch der WG Wilhelmine,
- Juni: Tagesbesuch AG 60plus Jena,
- September: SPD erneuern mit Johanna Uekermann. Leider besuchten nur 11 Genossinnen und Genossen die Veranstaltung.
- September: Start der Filmreihe drei Mal Film im Herbst
- Oktober: Besuch in Regensburg, weitsichtige Stadtplanung
- Dezember: Jahresrückblick und Planung 2019

Hier im Überblick:
- Drei Mal Film im Frühjahr mit folgenden Filmen:
  - 21. Februar: „Ein Sommer in der Provence"
  - 21. März: „Ich bin dann mal weg"
  - 18. April: „Picknick mit Bären"

  Durch die Zusammenarbeit mit den IG-Metall-Senioren war der Besuch der Filmnachmittage erfreulich. Jeweils ca. 30 Besucher sahen sich die Filme an.

  Die Filmreihe wurde im Herbst mit den Filmen
  - 12. September „Die Kinder des Monsieur Mathieu"
  - 10. Oktober „Der Club der toten Dichter"
  - 14. November „Die Physiker"

  fortgesetzt.

- Juni 2018: 60plus besucht die Wohngemeinschaft „Wilhelmine“. Ziel der WG ist es, den Bewohnern bei zunehmendem Hilfe- und Pflegebedarf ein unabhängiges, selbständiges bzw. selbstbestimmtes Leben und Wohnen zu ermöglichen und so demenzkranke Menschen aus ihrer Isolation herauszuführen
- Juni 2018: Begegnungstag SPD 60plus Jena/Erlangen. Unser schönstes und größtes Erlebnis war der Besuch aus Jena. Schon zum vierzehnten Mal trafen sich SPD-Seniorinnen und Senioren zu regem Gedankenaustausch und zur Festigung einer Städtepartnerschaft, die vor 29 Jahren begann. Neun 60plusler fuhren dieses Jahr nach Jena. Zum ersten Mal waren 60plus-Genossinnen aus Erlangen-Höchstadt und von der IG-Metall-Seniorengruppe mit von der Partie. Peter Schulze hatte alles wie immer gut vorbereitet. Das Programm sah die Besichtigung des Werks ZEISS Jena vor. Der ehemalig Betriebsrat Jürgen Dömel führte uns. Ein Rundgang durch die Ernst-Abbe-Hochschule zeigte die Entwicklung im Hochschulbereich. Zum Abschluss fuhren wir zum Fuchsturm, genossen die Aussicht auf Jena und kühle Getränke im Biergarten.
- Oktober 2018: Exkursion zu 60plus Regenburg. Thema: Stadtentwicklung am Beispiel Nibelungenkaserne. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Klaus Rappert berichtete den aktuellen Planungsstand des Nibelungenareals, früher Bundeswehrgebiet, jetziger Eigentümer Städt. Wohnbaugesellschaft, erworben 2011 von der Bundesrepublik Deutschland. Das Gebiet umfasst ca. 35 ha, liegt zentrumsnah, direkt neben dem Hochschulcampus Regensburg. Inhalt und Ziel des Bebauungsplanes sind: Entwicklungsflächen für Wohnen, Entwicklungsflächen für ein technologieorientiertes Gewerbegebiet, Ansiedlung einer großen, berufsbildenden Schule (FOS/BOS), große zusammenhängende Grünflächen, als Erholungsflächen und zur Vernetzung der umliegenden Stadtquartiere. Dafür wurde der Flächennutzungsplan geändert. Im Süden des Geländes sieht der Bebauungsplan unterschiedlich große Wohnbauquartiere mit insgesamt etwa 7.200 qm Bruttogeschossfläche vor. Geplant ist dort eine Mischung aus preisgünstigen Miet- und Eigentumswohnungen. Im Nordosten des Geländes werden außerdem mehrere hundert Studentenwohnungen in direkter Nähe zum TechCampus entstehen.

Eine Arbeitsgemeinschaft ist nicht nur eine Person und auch nicht nur der Vorstand. Sie braucht Genossinnen und Genossen, die die Arbeit mitgestalten und mit tragen. Deshalb an dieser Stelle: Dank an die Vorstandskollegen Hem, Renate und Silke, ohne deren Unterstützung die 60plus-AG Erlangen keinen Bestand hätte. Großer Dank an unsere Schriftführerin Renate und an Inge, die all die Protokolle für den Monatsspiegel verfassten. Dank an Silke, Inge und Ruth, die bei den Filmnachmittagen für Kaffee und Kuchen sorgten. Dank an alle 60plus-Mitglieder, die bei der Gestaltung unserer Treffen mitwirkten.

Unser Anteil an der Bevölkerung wird größer und die Themenbereiche vielfältiger. Wir brauchen aktive 60plus-Genossinnen und -Genossen! Deshalb herzliche Einladung für die Veranstaltungen in diesem Jahr.

Hartmut Wiechert

Liebe Jusos,
am **5. Februar** trifft sich im Fraktionszimmer im Rathaus (Zimmer 105) die **AG Familie & Jugend**, um das kommunalpolitische Programm für dieses Gebiet auszuarbeiten. Der Vorstand empfiehlt, sich rege an diesem Treffen zu beteiligen. Aus diesem Grund entfällt an diesem Tag die geplante Sitzung. Auch empfehlen wir, an den Treffen der anderen AGs teilzunehmen.

Zu weiteren Sitzungen werden wir uns kurzfristig über den Mailverteiler melden. Wir entschuldigen die fehlende Planbarkeit im Februar und bitten dies zu entschuldigen.

Solidarische Grüße
euer Vorstand

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Die BayernSPD unterstützt das

Volksbegehren Artenvielfalt

»Rettet die Bienen!«

- **Mehr Naturschutzflächen** wie Blühstreifen und Hecken in der Landwirtschaft.
- **Natur- und Artenschutz muss sich für die Bauern lohnen.** Deswegen **Förderung der Landwirtschaft ändern**.
- **Einen neuen Nationalpark und mehr Naturschutzgebiete schaffen.**
- **Glyphosat und Neonicotinoide verbieten** und Pestizideinsatz drastisch reduzieren.
- **Überdüngung stoppen** und **Gewässerrandstreifen einführen**.
- Bauern die **Ertragsausfälle ausgleichen**.
- Eine **wirksame Politik für Klimaschutz** umsetzen.

volksbegehren-artenvielfalt.de

Hrsg: BayernSPD, Rainer Glaab, Oberanger 38, 80331 München; © Maksim Kostenko - stock.adobe.com

31.01.–13.02.2019

JETZT EINTRAGEN!

Bayern SPD